

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXV. Jahrgang, Nr. 3

März 1952

Inhalt

Die Konjunkturlage im Frühjahr 1952

Psychologische Reaktionen auf die Stabilisierungspolitik — Rückbildung der Weltkonjunktur — Rückgang der Investitionsrate

Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Die Gebarung des Bundeshaushaltes im Jahre 1951 — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft; Die Holzschlägerungen im Jahre 1951 — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr; Die Erhöhung der Güertarife der ÖBB — Außenhandel

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die Konjunkturlage im Frühjahr 1952

Psychologische Reaktionen auf die Stabilisierungspolitik — Rückbildung der Weltkonjunktur — Rückgang der Investitionsrate

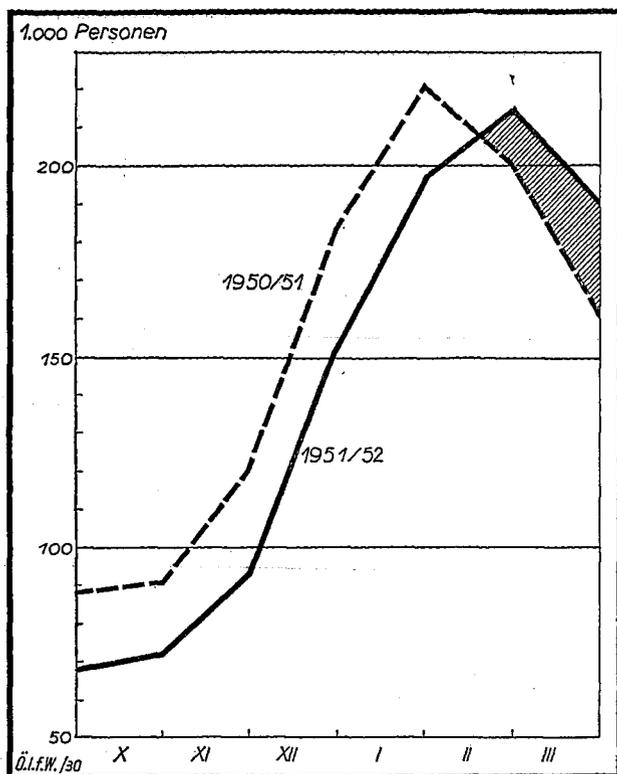
Die saisonübliche Belebung der Wirtschaft im Frühjahr wird heuer erstmalig seit Kriegsende durch konjunkturelle Einflüsse abgeschwächt oder zumindest verzögert. Die Mengenumsätze im Einzelhandel waren im Februar um 5 bis 10% — bei Textilien sogar um 35% — niedriger als im gleichen Vorjahrsmonat. Der Handel bestellt sehr vorsichtig und versucht, zunächst seine verhältnismäßig teuer eingekauften Vorräte abzustoßen. Da auch der Export an Konsumfertigwaren stockt, wächst die Absatznot der heimischen Konsumgüterindustrien, so daß sie Arbeitskräfte entlassen und auf Kurzarbeit übergehen müssen. Wohl sinkt die Arbeitslosigkeit dank dem Anlaufen der Bausaison seit Ende Februar. Der Rückgang war aber im März mit 24.800 (im Vorjahr 39.400) geringer, als saisonmäßig erwartet werden durfte. Ende März 1952 waren noch 190.300 Stellensuchende vorgemerkt, um 29.000 mehr als zur gleichen Zeit im Vorjahr; die Zahl der Beschäftigten lag um 23.500 unter dem Vorjahresstand.

Andererseits hält die Industrieproduktion noch auf hohem Niveau; der Produktionsindex, der im

Dezember wegen der Feiertage stark zurückgegangen war, stieg im Jänner wieder um 9,5% (von 148,9 auf 163,0; 1937 = 100) und dürfte sich im Februar weiter erholt haben. Die Investitionsgüterindustrien finden im allgemeinen im In- und Ausland noch guten Absatz, ebenso überwiegt bei landwirtschaftlichen Produkten der Verkäufermarkt. Auch darf nicht übersehen werden, daß das Volumen der Kommerzkredite im Februar um 136 Mill. S und das Geldvolumen um 245 Mill. S gestiegen sind und im März voraussichtlich weiter zugenommen haben dürften (der Notenumlauf erhöhte sich um 45 Mill. S). Diese zusätzliche Geldmenge befriedigt das Bedürfnis der Wirtschaft nach höherer Liquidität und kompensiert dadurch zumindest teilweise die Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

Im ganzen gesehen ist die gegenwärtige Konjunkturlage noch sehr labil und unübersichtlich. Eine zuverlässige Vorhersage der weiteren konjunkturellen Entwicklung wird vor allem dadurch erschwert, daß gegenwärtig auf die österreichische Wirtschaft verschiedene konjunkturbestimmende Fak-

Entwicklung der Arbeitslosigkeit (Normaler Maßstab; 1.000 Personen)



Die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes setzte heuer später und zögernder ein als im Vorjahr. Während die Arbeitslosigkeit im Winter 1950/51 bereits im Jänner ihren Höhepunkt erreicht hatte, stieg sie heuer bis Ende Februar und ging erst im März zurück, aber weniger, als saisonmäßig zu erwarten war. Seit Ende Februar ist die Zahl der Arbeitslosen höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Diese Entwicklung mag teilweise darauf zurückzuführen sein, daß sich die Saisonspitze der Arbeitslosigkeit infolge des kalten Wetters um einen Monat verschoben hat. Entscheidend ist jedoch, daß die Konsumgüterindustrien — insbesondere die Textilindustrie — aus Absatzmangel Arbeitskräfte entlassen und zu Kurzarbeit übergehen.

toren gleichzeitig einwirken, ihre Stärke, Dauer und wechselseitigen Rückwirkungen aber nur sehr beiläufig bekannt sind:

a) Produzenten, Händler und Konsumenten reagieren auf die Stabilisierungsbemühungen der Regierung vielfach sehr heftig, weil die übersteigerte Hochkonjunktur seit Ausbruch des Koreakonfliktes Fehlinvestitionen, übermäßige Lagerhaltung und spekulative Käufe begünstigt hatte.

b) Die „Rückbildung“ der Konjunktur in fast allen Ländern der westlichen Welt beeinflusst nicht nur unmittelbar (wachsende Exportschwierigkeiten), sondern auch mittelbar (Wandel in den Gewinnerwar-

tungen der Unternehmer) die österreichische Wirtschaft.

c) Der Rückgang der Auslandshilfe zwingt zu einer Einschränkung des Investitionsvolumens und schafft dadurch zusätzlich Anpassungsschwierigkeiten.

Psychologische Reaktionen auf die Stabilisierungspolitik

Während des inflatorischen Auftriebs in den letzten Jahren war der Besitzer von Sachwerten gegenüber dem Besitzer von Geld stets im Vorteil, das Halten von Waren erwies sich als ebenso rentabel wie das Produzieren; fast jede Investition brachte selbst bei nominell hohen Zinssätzen einen Ertrag. Produzenten, Händler und Konsumenten richteten danach ihr wirtschaftliches Verhalten. Die flüssigen Mittel wurden auf das Notwendigste beschränkt, die Nachfrage nach Investitions- und Lagerhaltungskrediten überstieg stets die ohnehin beachtliche Kreditexpansion, das Geldsparen versiegte fast vollständig und die Konsumenten kauften Waren auf Vorrat, die besonders knapp zu werden drohten.

Seit sich die Preise stabilisieren oder sogar sinken und sich die Überzeugung durchzusetzen beginnt, daß die Wirtschaftspolitik entschlossen ist — wenn nötig mit drastischen Maßnahmen —, auf längere Sicht „finanzielle Stabilität“ zu sichern, passen sich die Wirtschaftenden diesen neuen Gegebenheiten an. Die Unternehmer versuchen, liquider zu werden und überhöhte Lagerbestände abzustößen, die privaten Haushalte beginnen, zumindest kurzfristig, wieder zu sparen. Den Nachfragerückgang bekommt zunächst der Einzelhandel zu spüren, der ihn jedoch — im Bestreben, seine Lager abzubauen — übersteigert an die Konsumgüterindustrie weitergibt und dort mehr oder minder schwere Absatzstockungen verursacht. Die akute Knappheit an Waren verwandelt sich in eine allgemeine Knappheit an Geld.

Die Absatzschwierigkeiten wirken sich um so stärker auf den Arbeitsmarkt aus, als es bisher vielfach unterlassen wurde, die Zahl der Arbeitskräfte den wirklich produktiven Beschäftigungsmöglichkeiten anzupassen. Viele Betriebe haben in den letzten Jahren neue und leistungsfähigere Maschinen eingestellt, ihr innerbetriebliches Transportwesen ver-

bessert und den Produktionsprozeß mechanisiert, aber vielfach dennoch ihren Beschäftigtenstand gehalten, weil sie soziale Konflikte vermeiden wollten und der anhaltende Verkäufermarkt auch teuer und unwirtschaftlich arbeitenden Betrieben ausreichende Verdienstmöglichkeiten bot. Nunmehr zwingt sie jedoch die Absatznot, diese Rationalisierungsreserven auszuschöpfen und möglichst billig zu produzieren. Gleichzeitig erhöht der wachsende Druck auf den Arbeitsmarkt die individuellen Arbeitsleistungen, so daß in vielen Betrieben die Produktivität (Produktion je Beschäftigten) sprunghaft steigt. Dadurch werden fürs erste — unbeschadet der dauerhaften Vorteile einer höheren Produktivität — die Anpassungsschwierigkeiten verschärft und auch in jenen Branchen Arbeitskräfte freigesetzt, die ihr Produktionsniveau halten können.

Es ist kein Zufall, daß der Übergang vom Verkäufer- zum Käufermarkt die *Textilindustrie* besonders trifft. Der große Nachholbedarf nach Kriegsende, insbesondere aber die Nachfragehaushalte nach Ausbruch des Koreakonfliktes, die sich vielfach aus Furcht vor stärkeren Verknappungen und Bewirtschaftungsmaßnahmen zu überstürzten Angstkäufen steigerte, führte in allen Staaten der Welt zu überdurchschnittlichen Verteuerungen der Textilrohstoffe und -fertigen. Bekleidungsgegenstände kosten gegenwärtig in Österreich 12mal, Textilrohstoffe 15mal so viel wie vor dem Kriege, während der Lebenshaltungskostenindex nur auf das 7fache und der allgemeine Großhandelspreisindex auf das 8fache des Vorkriegsstandes gestiegen ist.

Preisbewegung bei Textilrohstoffen und Bekleidungsgegenständen

	März 1950	März 1951 März 1938 = 1	März 1952
A) Großhandelspreise ¹⁾			
Baumwolle	16'2	22'1	20'2
Wolle	11'5	26'3	11'3
Flachs	9'1	15'5	19'5
Hanf	7'4	6'0	7'9
Jute	14'1	14'1	18'5
Großhandelspreise insgesamt	5'3	6'7	8'3
B) Kleinhandelspreise ²⁾			
Oberbekleidung	8'2	9'7	11'2
Unterbekleidung	9'2	11'8	12'8
Lebenshaltungskosten insgesamt .	4'5	5'4	7'0

¹⁾ Nach dem Großhandelspreisindex des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, — ²⁾ Nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes.

In anderen Ländern haben die Konsumenten bereits im Frühjahr 1951 auf die hohen Textilpreise mit fühlbaren Nachfrageeinschränkungen reagiert. In der westeuropäischen Textilindustrie z. B. begann schon damals der Absatz zu stocken, so daß die Produktion vielfach eingeschränkt werden mußte. Dagegen blieb die österreichische Textilindustrie im Jahre 1951 infolge der anhaltenden Inflation und wegen spekulativer Lagerkäufe nicht nur von einer Krise verschont, sondern konnte Produktion und Beschäftigung stark ausweiten. Binnen Jahresfrist (von August 1950 bis August 1951) hat sie nicht weniger als 11.900 Arbeitskräfte zusätzlich aufgenommen und damit ihren Beschäftigtenstand um 13·3% erhöht. Die Produktion lag im letzten Quartal 1951 um 18% höher als im letzten Quartal 1950.

Es war leicht vorauszusehen, daß diese österreichische Sonderkonjunktur nicht von Dauer sein werde. Als sich an der Jahreswende 1951/52 die Stabilisierungstendenzen durchsetzten, kam es denn auch in der österreichischen Textilindustrie zu dem erwarteten Rückschlag. Die Konsumenten, teilweise noch aus Hortungskäufen im Frühjahr 1951 mit Ware eingedeckt, waren nicht mehr bereit, die hohen Preise zu bezahlen, und schränkten ihre Nachfrage stark ein. Die Wertumsätze im Textileinzelhandel sanken im Jänner um 61% und im Februar — obwohl sie sich in diesem Monat gewöhnlich wieder beleben — um weitere 15%. Mengenmäßig wurden im Februar 1952 um etwa 35% weniger Textilien und Bekleidungsgegenstände abgesetzt als im Februar 1951. Gleichzeitig sanken die Verkäufe der Textilindustrie an den heimischen Handel. An Wollwebwaren wurden im Jänner um 12% und im Februar um 22% weniger verkauft als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres; der Absatz von Baumwollwaren erreichte im Jänner noch den Vorjahresstand, lag aber im Februar ebenfalls bereits um 21% darunter.

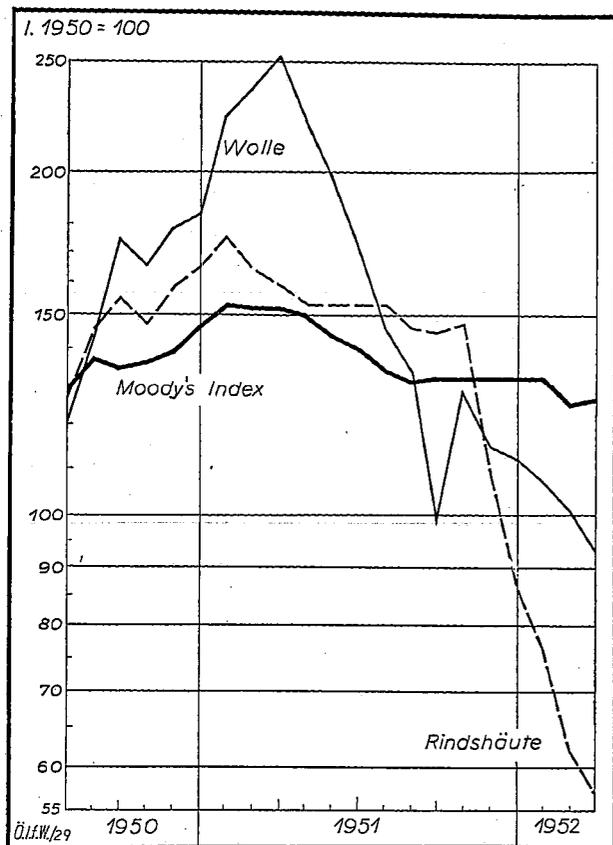
Inlandsabsatz der Textilindustrie

Artikel	Absatzmenge		Veränderung in % gegenüber dem gleichen Monat 1951	
	Jänner 1.000 m	Februar	Jänner	Februar
Baumwollgewebe	8.662	7.248	+ 0'5	— 21'2
Wollwebwaren	1.062	941	— 12'2	— 21'8
Seidengewebe	857	673	+ 17'4	— 7'6
Bastfasergewebe	832	767	— 6'5	— 12'8
Strick- und Wirkwaren ..			— 21'9 ¹⁾	8'6

¹⁾ Gewogener Durchschnitt.

Preisbewegung auf den internationalen Rohwarenmärkten

(Logarithmischer Maßstab; Jänner 1950 = 100)



Auf den internationalen Rohwarenmärkten kam es seit Anfang 1952 zu weiteren Preiseinbrüchen. Der Rohwarenpreisindex von Moody, der im Herbst 1951 weitgehend stabil blieb, sank von Ende Dezember 1951 bis Ende März 1952 wieder um 5,5%. Billiger wurden vor allem Baumwolle, Wolle, Leder und Kautschuk. Aber auch die grauen Preise für Metalle sinken und nähern sich den offiziellen Notierungen.

Da gleichzeitig die Textilkrise auf den Weltmärkten auch den Export stark beeinträchtigte, mußte die Textilindustrie ihre Produktion per Arbeitstag bereits im Februar um 13% drosseln. Die Zahl der arbeitslosen Textilarbeiter stieg von 3.000 Ende Dezember auf 6.400 Ende März; außerdem werden ungefähr 10.000 Arbeitskräfte nur in Kurzarbeit beschäftigt.

In den übrigen Konsumgüterindustrien sind die Absatzstockungen weniger stark, doch liegen auch in der Eisen- und Metallwarenindustrie, in der Leder- und Schuhindustrie sowie in der Möbelindustrie die Mengenumsätze unter dem Vorjahrsstand, während die Arbeitslosigkeit eine leicht steigende Tendenz zeigt.

„Rückbildung“ der Weltkonjunktur

Als im Frühjahr 1951 in den USA, aber auch in einigen europäischen Ländern, die von der Rüstungskonjunktur ausstrahlenden inflatorischen Auftriebskräfte erlahmten und die Preise auf den internationalen Rohwarenmärkten (insbesondere für Sterlingwaren) abbröckelten, sah man darin vielfach nur eine vorübergehende Reaktion auf die spekulativ übersteigerte Nachfragehäuse im zweiten Halbjahr 1950. Eine Wende der Weltkonjunktur hielt man für wenig wahrscheinlich, da die Aufrüstung erst angelaufen war und die Rüstungsausgaben noch nicht die vorgesehene Höhe erreicht hatten. Tatsächlich erwiesen sich die konjunkturdämpfenden Einflüsse, insbesondere aber die Zurückhaltung der Konsumenten, die nach den Spekulationskäufen im Jahre 1950 ihre Konsumausgaben erheblich einschränkten, als stärker und dauerhafter, als allgemein angenommen worden war. In den USA stiegen die privaten Ersparnisse von 4% des verfügbaren Einkommens im ersten Quartal 1951 auf 9% in den übrigen drei Quartalen 1951. Eine ähnliche Entwicklung war in anderen Staaten, z. B. in Westdeutschland, zu beobachten. Es kam zu Lagerstauungen im Handel und zu Absatzschwierigkeiten in den Konsumgüterindustrien, die sich seit Anfang 1952 zunehmend verschärften.

Gleichzeitig wuchs der Preisdruck auf den internationalen Rohwarenmärkten. Nachdem sich die Rohwarenpreise im Herbst 1951 weitgehend stabilisiert hatten, ist der Rohwarenpreisindex von Moody von Anfang 1952 bis Ende März wieder um 5,5% gesunken. Der Preisrückgang erstreckt sich vor allem auf textile Rohstoffe, Leder, Papier und Kautschuk; aber auch die „grauen“ Preise für Buntmetalle sind erheblich gesunken und nähern sich den offiziellen Notierungen. Selbst Überschüsse an Stahl beginnen sich abzuzeichnen.

Der Rückgang der internationalen Konjunktur wäre weniger bedenklich, wenn nicht durch ihn tiefere Strukturprobleme der Weltwirtschaft wieder aufgedeckt würden, die in der „Dollarknappheit“ der europäischen Länder und der Länder des Sterlingblockes ihren sichtbaren Ausdruck finden. Solange sich die Vereinigten Staaten in großem Umfange mit strategisch wichtigen Rohstoffen eindeckten und die

Händler in Erwartung weiterer Preissteigerungen ihre Lager auffüllten, wurde dieses Strukturproblem verdeckt. Von Mitte 1950 bis Frühjahr 1951 war die laufende Zahlungsbilanz der USA praktisch ausgeglichen. Da gleichzeitig auch große Hilfslieferungen in das Ausland gingen, waren in dieser Zeit aus den Vereinigten Staaten sogar Gold und Devisen abgeflossen. Mit der Einschränkung der Rüstungskäufe und der Abschwächung der Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten hat sich das Bild jedoch wieder vollkommen geändert. Die amerikanischen Importe sind von 3,0 Mrd. \$ im I. Quartal 1951 auf 2,5 Mrd. \$ im IV. Quartal 1951 zurückgegangen, während gleichzeitig die Exporte von 3,3 Mrd. \$ auf 4,0 Mrd. \$ stiegen. Die Kehrseite dieser Entwicklung war eine zunehmende Erschöpfung der Dollarreserven in der übrigen Welt. Ein Beispiel hierfür liefert Großbritannien, das von Mitte 1951 bis Ende März 1952 nicht weniger als 2,1 Mrd. \$ oder 55% seiner Gold- und Dollarbestände verloren hat.

Diese „Dollarknappheit“ wirkt nun in der Weise auf die internationale Konjunktur zurück, daß die von ihr betroffenen Länder durch verschärfte mengenmäßige Importbeschränkungen Dollar zu ersparen suchen und, da diese Vorkehrungen nicht genügen, durch generell wirksame Maßnahmen, wie Krediteinschränkungen, Zinsfußhöhungen u. ä., die Importe zu drosseln und den Güter- und Leistungsstrom in den Export umzulenken trachten. Das Ergebnis ist eine Abschwächung der gesamten kaufkräftigen Nachfrage, die zumindest teilweise zu Produktionsrückschlägen und Freisetzungen von Arbeitskräften führt.

Wenn sich auch dieser Vorgang in Wirklichkeit aus verschiedenen Gründen nicht in der hier geschilderten Schärfe auswirkt, so ist doch bemerkenswert, daß die Arbeitslosigkeit in den meisten europäischen Ländern eine steigende Tendenz zeigt. Sie droht nicht nur in Deutschland, Belgien und Italien, die schon bisher einen namhaften Teil ihres verfügbaren Arbeitskräftepotentials nicht produktiv beschäftigen konnten, sondern auch in bisher „vollbeschäftigten“ Ländern, wie etwa in Holland, über die auch bei Vollbeschäftigung unvermeidliche saisonale und friktionelle Arbeitslosigkeit hinauszugehen.

Gewiß wird die gegenwärtige Phase rückläufiger

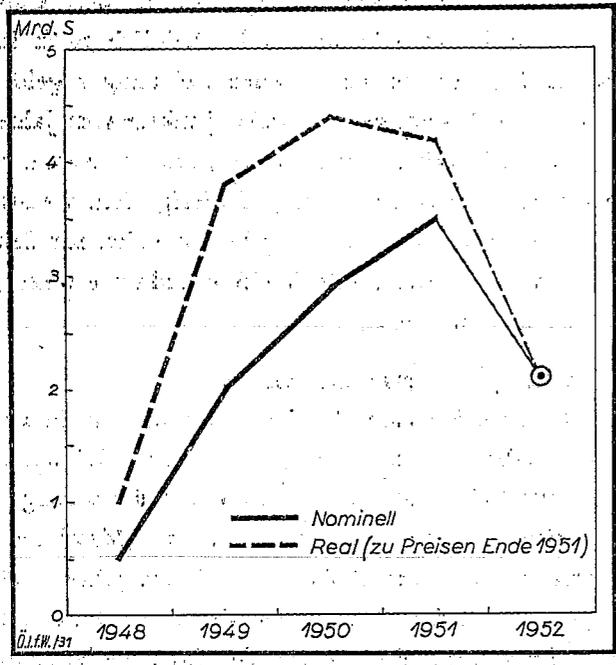
Weltkonjunktur angesichts der unvermindert hohen Investitionsgüternachfrage und der geplanten weiteren Zunahme der Rüstungsausgaben in den USA nicht von Dauer sein und wahrscheinlich noch in diesem Sommer von einer neuen Belebung abgelöst werden. Die übersteigerte Hochkonjunktur vom Jahre 1950/51 ist jedoch endgültig vorbei, und es lassen sich bereits jetzt ernste Anpassungsschwierigkeiten voraussehen, wenn die Rüstungsausgaben, die sich zur Zeit als die wichtigste Stütze der Weltkonjunktur erweisen, zurückgehen werden.

Rückgang der Investitionsrate

Das österreichische Investitionsvolumen ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Im Jahre 1951 waren die Bautätigkeit bereits um 180% und die sonstigen Investitionen des Anlagevermögens (Maschinen, Fahrzeuge usw.) um 170% höher als im Jahre 1937. Insgesamt wurden seit Kriegsende über 40 Mrd. S brutto investiert (Preisbasis Ende 1951), die laufende Instandhaltung nicht eingerechnet. Dank diesen hohen Investitionen konnten nicht nur beträchtliche Teile der Kriegsschäden beseitigt und Lücken im Produktionsapparat geschlossen, sondern auch die meisten Betriebe — insbesondere in Industrie und Landwirtschaft — besser mit Maschinen, Fahrzeugen und anderen Investitionsgütern ausgestattet werden als vor dem Kriege.

An diesen hohen Investitionen hatte die Auslandshilfe entscheidenden Anteil. Während gewöhnlich in einer annähernd vollbeschäftigten Wirtschaft die laufenden Ersparnisse der Bevölkerung und die Überschüsse privater und öffentlicher Betriebe den Umfang der Investitionen nach oben begrenzen und ein Überschreiten dieser Grenze mit einem Preis-Lohn-Auftrieb und akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten bezahlt werden muß, sicherte der Verkauf ausländischer Hilfslieferungen der österreichischen Wirtschaft zusätzliche finanzielle Mittel, die, ebenso wie heimisches Sparkapital, ohne Gefährdung der Währungsstabilität zur Investitionsfinanzierung herangezogen werden konnten. Allein der Verkauf von ERP-Gütern brachte von Mitte 1948 bis Ende 1951 — nach Abzug der dem amerikanischen Element zustehenden Beträge — 8,3 Mrd. S Erlöse, die teils unmittelbar durch ERP-Freigaben, teils mittelbar im

Entwicklung der Schilling-Erlöse auf dem ERP-Counterpartkonto (Normaler Maßstab; Milliarden Schilling)



Infolge des Rückganges der Auslandshilfe sinkt auch der Schillingelerlös aus dem Verkauf von ERP-Gütern. Während im Jahre 1951 noch 3,5 Mrd. S effektive Erlöse auf dem Counterpartkonto eingingen und außerdem 900 Mill. S für Importsubventionen verwendet wurden, stehen im Jahre 1952 voraussichtlich nur 2,1 Mrd. S zur Verfügung. Dieser Rückgang der ERP-Mittel zwingt zu einer Senkung der Investitionsrate und verstärkt die durch die Stabilisierungspolitik und die Rückbildung der Weltkonjunktur hervorgerufenen Anpassungsschwierigkeiten

Wege zusätzlicher Kommerzkredite der Investitionsfinanzierung dienstbar gemacht wurden. Dazu kam weiters, daß die im Rahmen des ERP gelieferten Güter teilweise weit unter den Weltmarktpreisen abgegeben wurden. Diese Importpreissubventionen aus ERP-Mitteln — bis Ende 1951 etwa 2,9 Mrd. S — haben das Bundesbudget entscheidend entlastet, so daß in den letzten Jahren größere Investitionen aus laufenden Budgetmitteln finanziert werden konnten. Insgesamt wurden damit in den letzten drei Jahren direkt (im Wege von Counterpartfreigaben) und indirekt (im Wege zusätzlicher Kommerzkredite und laufender Budgetinvestitionen) 11,2 Mrd. S oder ein Drittel sämtlicher Bruttoinvestitionen aus Mitteln der Auslandshilfe finanziert. Nur zwei Drittel konnten aus heimischen Sparkapital — vorwiegend Unternehmensgewinne, Budgetmittel öffentlicher Körperschaften und Amortisationsquoten — aufgebracht werden.

Gebahrung des ERP-Counterpartkontos bis Ende 1951

	1948/49	1950	1951	Summe 1948—1951
Mil. S				
A) Eingänge				
Effektive Erlöse	2.449	2.884	3.494	8.827
Regierungserlöge ¹⁾	1.186	845	880	2.910
Eingänge insgesamt	3.635	3.729	4.374	11.737
— 5% US-Anteil	182	186	219	587
Nettoeingänge	3.453	3.542	4.155	11.150
B) Verwendung				
Industrieinvestitionen und Sonderwiederaufbauprogramme ²⁾	732	1.796	2.920	5.448
Bundesinvestitionen und Importsubventionen ²⁾ ..	1.888	1.192	1.267	4.347
Währungssicherung und noch nicht freigegebene Beträge (indirekte Investitionsfinanzierung) ...	833	554	— 32	1.355
	3.453	3.542	4.155	11.150

¹⁾ Differenz zwischen effektivem Erlöseingang und S-Wert der ERP-Hilfe, umgerechnet zum offiziellen Kurs. Sie erklärt sich teils aus dem zeitlichen Unterschied zwischen Warenlieferung und Erlöseingang ("time lag"), hauptsächlich jedoch aus dem Unterschied zwischen Weltmarktpreisen und inländischen Abgabepreisen ("price gap"). — ²⁾ Einschließlich sonstiger Freigaben für "Technical Assistance", usw. — ³⁾ Regierungserlöge.

Der starke Rückgang der Auslandshilfe ließ die Investitionsfinanzierung in ernste Schwierigkeiten geraten. Während im Jahre 1951 noch 200 Mill. \$ ERP-Lieferungen zur Verfügung standen, kann für das Jahr 1952 nur noch etwa mit 100 Mill. \$ gerechnet werden¹⁾. Dementsprechend wird der Schillinggegenwert der Auslandshilfe von 4,4 Mrd. S (einschließlich 900 Mill. S Importpreisstütungen) auf voraussichtlich 2,1 Mrd. S sinken. Da weiters die Preise Ende 1951 um 12% höher waren als im Durchschnitt 1951, dürften aus Mitteln der Auslandshilfe real um etwa 2,7 Mrd. S weniger für Investitionen zur Verfügung stehen als im Jahre 1951.

Dieser Rückgang trifft vor allem jene Bereiche, die bisher direkt oder indirekt mit ERP-Mitteln finanziert wurden. So ist die gegenwärtige akute Budgetkrise vorwiegend darauf zurückzuführen, daß der Fiskus im Jahre 1951 noch über 1.825 Mill. S (2.040 Mill. S auf Preisbasis Ende 1951) Counterpart-Mittel verfügte²⁾, im Jahre 1952 hingegen nur noch

¹⁾ Die Jahreszuteilungen an ERP-Hilfe gingen bereits seit Mitte 1950 zurück (1949/50 250 Mill. \$, 1950/51 190 Mill. \$, 1951/52 120 Mill. \$). Der tatsächliche Wareneingang in Österreich sinkt jedoch später als die Kürzung der Dollarbeträge, da die gewährte Hilfe stets mit einem — bisher oft beträchtlichen — zeitlichen Abstand gütermäßig realisiert wird.

²⁾ Davon entfallen 443 Mill. S auf ERP-Freigaben, 482 Mill. S auf Counterpart-Mittel aus früheren Hilfslieferungen und 900 Mill. S auf Importsubventionen, die im Jahre 1951 noch aus Counterpart-Mitteln bestritten wurden.

mit etwa 200 Mill. S rechnen kann. Da ursprünglich für 1952 auch real höhere Staatsausgaben vorgesehen waren als im Jahre 1951, die im 5. Preis-Lohn-Abkommen beschlossenen Steuer- und Tariferhöhungen hingegen nur die durch das Abkommen verursachte Mehrbelastung des Fiskus (ohne Importsubventionen) decken, aber keinen Ersatz für den Ausfall der ERP-Mittel bieten, klappt im Budget 1952 eine erhebliche Lücke. Sie soll teils durch die Erhöhung der Güertarife der Bundesbahnen sowie der Mineralöl- und Beförderungssteuer, teils dadurch geschlossen werden, daß von den im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt vorgesehenen 3,6 Mrd. S Investitionskrediten 1,2 Mrd. S zunächst gebunden bleiben. Das bedeutet gegenüber 1951, als für Investitionszwecke 2,9 Mrd. S oder 3,2 Mrd. S auf Preisbasis Ende 1951 ausgegeben wurden, eine Kürzung des realen Investitionsvolumens des Bundes um 0,8 Mrd. S oder 25%.

Noch stärker werden die Counterpartinvestitionen der übrigen Wirtschaft gekürzt. Im Jahre 1951 wurden noch 2,9 Mrd. S ERP-Mittel außerhalb des Bundeshaushaltes vorwiegend für die Energiewirtschaft, die Eisen- und Stahlindustrie, die Textilindustrie, die Landwirtschaft und den Fremdenverkehr freigegeben. Im Jahre 1952 hingegen ist für diese Zwecke nur noch mit 1,9 Mrd. S zu rechnen. Auf Preisbasis Ende 1951 ergibt sich somit ein Rückgang um 1,3 Mrd. S oder 40%.

Budget- und Counterpartinvestitionen in den Jahren 1951 und 1952

	1951 laufende Preise	Schätzung		reale Kürzung
		1951 Preise Ende 1951	1952	
Bundesbudget ¹⁾	2,9	3,2	2,4 ²⁾	- 25%
Counterpartinvestitionen (ohne Budget)	2,9	3,2	1,9	- 40%
Summe	5,8	6,4	4,3	- 33%

¹⁾ Investitionsähnliche Ausgaben im ordentlichen und außerordentlichen Budget. — ²⁾ Nach Abzug der vorläufig gebundenen Beträge.

Zusammenfassung

Die vorstehend skizzierten, konjunkturbestimmenden Faktoren sind in ihren konkreten Auswirkungen sehr verschieden zu beurteilen. Die Stockung des Inlandsabsatzes der Konsumgüterindustrien ist aller Wahrscheinlichkeit nach nur vorübergehend und wird wieder von einer Belebung der Nachfrage

abgelöst werden, sobald sich die Lager im Einzelhandel erschöpfen und die Konsumenten ihren zunächst aufgeschobenen Bedarf nachholen. Je früher und nachhaltiger Produzenten und Händler ihre Preise den neuen Marktbedingungen anpassen, desto rascher wird sich die Umsatztätigkeit wieder beleben und der Arbeitsmarkt entspannen. Vielfach werden stärkere Preisreduktionen — für die das Sinken der Weltmarktpreise günstige Voraussetzungen schaffen — gegenwärtig noch durch marktregelnde Vereinbarungen¹⁾ sowie dadurch verhindert, daß Produzenten und Händler noch zu den höheren Anschaffungspreisen kalkulieren.

Falls sich die psychologischen Reaktionen auf die Stabilisierungspolitik wider Erwarten kumulativ verstärken und eine pessimistische Beurteilung der künftigen Ertragslage auch die private Investitionsneigung schwächt, so hat es die Wirtschaftspolitik in der Hand, durch expansive währungs- und budgetpolitische Maßnahmen eine allgemeine Schrumpfung der Einkommen und der wirtschaftlichen Aktivität zu verhindern. Solche Maßnahmen sollten freilich erst ergriffen werden, wenn eine sorgfältige Analyse der wirtschaftlichen Zusammenhänge ein eindeutiges Übergewicht der kontraktiven über die expansiven Kräfte ergibt²⁾. Andernfalls bestünde die Gefahr, daß die von der öffentlichen Hand injizierte Expansion mit einer aus der Wirtschaft selbst kommenden Belebung der privaten Nachfrage zusammentrifft und das Pendel der wirtschaftlichen Entwicklung wieder nach der Seite der Inflation ausschlägt.

Weitaus schwieriger sind die aus dem Rückgang der Auslandshilfe resultierenden Anpassungsprobleme zu meistern. Wohl muß eine Senkung der Investitionsrate nicht unbedingt die Arbeitslosigkeit steigern und Produktionsrückschläge auslösen. Soweit

¹⁾ Auf Dauer halten einem stärkeren Angebotsdruck allerdings nur festgefügte Kartelle mit relativ wenigen Mitgliedern stand. Marktregelnde Vereinbarungen, die eine Vielzahl von Betrieben sehr verschiedener Produktivität umfassen, werden bei rückläufigem Absatz meist nicht eingehalten.

²⁾ Sie müßten dann allerdings rasch und konsequent durchgeführt werden, weil sich ein kumulativer Prozeß von wechselseitigen Einkommens- und Nachfragerückgängen nur noch schwer auffangen läßt, wenn er eine bestimmte Stärke erreicht hat.

die Importe von Investitionsgütern eingeschränkt werden, trifft dies die heimische Beschäftigung überhaupt nicht. Anpassungen sind jedoch dort notwendig, wo die heimischen Investitionsgüterindustrien bisher aus dem Schillingerlös von ERP-Rohstoffen und -Nahrungsmitteln finanziert wurden. Gelänge es, die bisher im Inlande investierten Güter zu exportieren, entstünde überhaupt kein Problem; es wäre möglich, die Beschäftigung der heimischen Investitionsgüterindustrien zu halten und gleichzeitig mit den Exporterlösen die erforderlichen, bisher vom Auslande geschenkten Nahrungsmittel- und Rohstoffimporte zu bezahlen.

Leider stößt eine solche Umschichtung des Güter- und Leistungsvolumens zugunsten des Exportes aus zwei Gründen auf große Schwierigkeiten. Einmal wegen der „Rückbildung“ der Weltkonjunktur. Während es z. B. Deutschland und Holland im Laufe des Jahres 1951 verhältnismäßig leicht gelang, ihre Zahlungsbilanz durch Drosselung der kaufkräftigen Nachfrage im Inlande zu entlasten und die im Inland nicht mehr verkäuflichen Waren dank der hohen Auslandsnachfrage, ohne nennenswerte Beeinträchtigung der heimischen Beschäftigung, mühelos in den Export umzulenken, funktioniert das „Exportventil“ in der gegenwärtigen Phase der Weltkonjunktur nur noch sehr unvollkommen. Es wird sogar immer schwieriger, auch nur den gegenwärtigen Export zu halten. Selbst wenn sich erwartungsgemäß die Weltkonjunktur wieder belebt, so wird es doch kaum wieder zu einer ähnlichen Nachfragehausse kommen wie nach dem Ausbruch des Koreakonfliktes. Die österreichische Wirtschaft wird sich zusätzliche Exporte nur in scharfer Konkurrenz mit dem Ausland erkämpfen können.

Zum anderen ist zu berücksichtigen, daß Bauleistungen, aus denen zu einem guten Teile die Investitionen im Inland bestehen, einfach nicht exportiert werden können. Das Baugewerbe, das gegenwärtig $3\frac{1}{4}$ mal so viel Arbeitskräfte beschäftigt als vor dem Kriege, und allein in den beiden letzten Jahren rund 22.000 neue Arbeitskräfte aufgenommen hat, muß daher wohl mit einem Rückschlag rechnen. Wie stark dieser sein wird, läßt sich mangels ausreichender Unterlagen über die für Bauzwecke im

Jahre 1952 verfügbaren Mittel nicht genau vorausbestimmen. Da der überwiegende Teil der 25%igen Kürzung der Bundesinvestitionen auf Bauleistungen entfällt, die Gemeinde Wien real um 11% weniger bauen wird als im Jahre 1951 und voraussichtlich auch die private Nachfrage nach Bauleistungen zurückgehen wird, dürfte nach vorsichtigen Schätzungen im Jahre 1952 um 10 bis 15% weniger gebaut werden als im Jahre 1951, oder mit anderen Worten, im Bau- und Baunebengewerbe werden ungefähr 20.000 bis 30.000 Arbeitskräfte nicht mehr beschäftigt werden können.

Wohl ist es denkbar, den Rückschlag in der Bauwirtschaft dadurch zu vermeiden, daß man durch eine stärkere Besteuerung des Konsums, insbesondere des Luxuskonsums, oder, wie andere Länder, z. B. Holland¹⁾, durch einen Abbau der Lebensmittelsubventionen (ohne Lohnerhöhungen) die Mittel für eine rege Bautätigkeit aufbringt. Die Aufrechterhaltung der Baukonjunktur würde in diesem Falle jedoch auf Kosten der Beschäftigung der Konsumgüterindustrien gehen, die angesichts der gegenwärtigen Konjunkturlage den Rückgang der heimischen Nachfrage nicht, oder jedenfalls nur in sehr begrenztem Umfange durch verstärkte Exporte wettmachen könnte.

Eine dauerhafte Lösung der aus dem Rückgang der Auslandshilfe resultierenden Beschäftigungsprobleme kann im wesentlichen – abgesehen von der begrenzten Möglichkeit, lebenswichtige Importe durch heimische Produkte zu ersetzen – nur durch die Erschließung zusätzlicher Exporte gefunden werden. Nur auf diese Weise wird es auf die Dauer möglich sein, die für die österreichische Wirtschaft lebenswichtigen Lebensmittel-, Rohstoff- und Kohlenimporte zu finanzieren und die (durch Kürzung der Investitionen oder des Konsums) freigesetzten Arbeitskräfte wieder zu beschäftigen. Eine solche Umschichtung zugunsten des Exportes muß allerdings von der Wirtschaftspolitik, um ernste soziale und wirtschaftliche Rückwirkungen zu vermeiden, sehr behutsam gesteuert werden.

¹⁾ Im Rahmen des holländischen Sanierungsprogrammes wurden im Jahre 1951 die staatlichen Lebensmittelsubventionen abgebaut. Gleichzeitig erklärten sich die Gewerkschaften bereit, auf Lohnerhöhungen zu verzichten, solange die Senkung des Reallohnes 5% nicht übersteigt.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

Nachdem sich die Kreditausweitung im letzten Quartal 1951 verlangsamt hatte, nimmt das Volumen der *Kommerzkredite* seit Beginn des Jahres 1952 wieder stärker zu. Im Jänner wurden 265, im Februar 136 Mill. S zusätzliche Kommerzkredite gewährt. Das entspricht einer durchschnittlichen monatlichen Steigerung um 1,8% gegen nur 0,6% im letzten Quartal 1951.

Da im Februar nicht mehr — wie im Jänner — starke umlaufeinengende Faktoren der Kreditexpansion entgegenwirkten, nahm das *zirkulierende Geldvolumen*¹⁾ wieder zu, und zwar um 245 Mill. S auf 17.315 Mill. S. Der Banknotenumlauf stieg um 208 Mill. S und erreichte die Rekordhöhe von 8.177 Mill. S. Die freien, nicht auf Kreditinstitute lautenden Giro Guthaben bei der Nationalbank erhöheten sich um 25 Mill. S und die Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten um 11 Mill. S.

Außer der kommerziellen Kreditausweitung wirkte im Februar auch die Gebarung mit Counterpartmitteln expansiv. Von den zeitlich gesperrten Guthaben öffentlicher Stellen (in der Hauptsache Counterpartkonten) bei der Nationalbank wurden um 222 Mill. S mehr abgehoben als eingezahlt. Davon sind 166 Mill. S für ERP-Industrieinvestitionen abzuziehen, die — dem Finanzierungsverfahren entsprechend — von der „Bundesnotenschuld“²⁾ abgebucht wurden und daher zunächst nicht expansiv wirkten, während die von den Kreditinstituten tatsächlich gewährten 131 Mill. S *Aufbaukredite* hinzugezählt werden müssen. Per Saldo ergibt sich somit ein expansiver Nettoeffekt der Gebarung mit Counterpartmitteln in Höhe von 187 Mill. S. Schließlich hat die Nationalbank im Februar ihren ausgewiesenen Devisenbestand um 86 Mill. S erhöhen können (auf 565 Mill. S), was in gleicher Höhe Notenbankgeld in den Umlauf brachte.

Der einzige bedeutende restriktive Faktor war im Februar eine beachtliche Zunahme der Spareinlagen (um 156 Mill. S auf 2.620 Mill. S). Der Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen blieb praktisch unverändert.

Die Kreditinstitute finanzierten im Februar die Expansion ihrer Wirtschaftskredite (kommerzielle

¹⁾ Banknotenumlauf plus Buchgeld (freie Giro Guthaben bei der Nationalbank plus Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten — beide ohne Guthaben von Kreditinstituten).

²⁾ Im Nationalbankausweis als „Forderung an den Bundesschatz“ bezeichnet. Im Ausmaß der Abbuchungen erhöhet sich der Plafond, bis zu dem die Nationalbank „Aufbauwechsel“ hereinnehmen darf.

Expansive und restriktive Faktoren der Geldvolumenentwicklung im Februar 1952

Expansiv (+)	Mill. S
Ausweitung des kommerziellen Kreditvolumens	+ 136
Nettoeffekt der Gebarung mit Counterpartmitteln	+ 187
Zunahme des Devisenbestandes der Nationalbank	+ 86
	<u>409</u>
Restriktiv (—)	
Zunahme der Spareinlagen	— 156
Differenz zwischen expansiven und restriktiven Faktoren ...	+ 253
Tatsächliche Geldvolumenzunahme	+ 245
Unaufgeklarter Saldo	+ 8

Kredite und Aufbaukredite) im Gesamtbetrage von 267 Mill. S teils aus ihrem Einlagenzuwachs, teils mit Hilfe von Notenbankkredit. Ihr Einlagenstand (Spar- und Scheckeinlagen) erhöhete sich um 168 Mill. S, weitere 287 Mill. S beschafften sie sich durch Refinanzierung von 167 Mill. S Aufbauwechseln und 120 Mill. S Besatzungskostenschatzscheinen durch die Notenbank. Mit diesen Mitteln finanzierten sie die Kreditausweitung, nahmen 54 Mill. S Handelswechsel, 15 Mill. S Bundesschatzscheine (nach § 27 WSchG) und 1 Mill. S Handpfander von der Notenbank zurück und erhöheten ihre freien Notenbankgiro Guthaben um 128 Mill. S (auf 346 Mill. S).

Finanzierung der Kreditexpansion im Februar 1952

A. Zufluß an Mitteln	Mill. S
Eskont von Aufbauwechseln durch die Nationalbank	167
Eskont von Besatzungskostenschatzscheinen durch die Nationalbank	120
Einlagenzuwachs	168
	<u>455</u>
B. Verwendung	
Rücklösung von eskontierten Handelswechseln	54
Rücklösung von eskontierten § 27 WSchG Schatzscheinen	15
Abnahme der Lombardkredite der Nationalbank	1
Erhöhung der freien Nationalbankgiro Guthaben der Kreditinstitute	128
Kreditausweitung	267
	<u>465</u>
Unaufgeklarter Saldo	10

Der *Kapitalmarkt* begann im Februar zum ersten Mal stärker auf die Politik der Stabilisierung des Geldwertes zu reagieren. Die *Spareinlagen* bei den Kreditinstituten erhöheten sich auch im Februar beträchtlich. Die Zunahme war sogar größer als im Jänner, wenn man den im Jänner auf Zinsengutschriften entfallenden Betrag abzieht. Kennzeichnend ist weiters, daß die praktisch seit Juli 1951 ununterbrochene *Aktienhausse* plötzlich aufgehört hat. Der Kursindex von 36 Industrieaktien fiel von Mitte Februar auf Mitte März um 3,3% (von 462,0 auf 446,6; März 1938 = 100). Die Kursrückgänge verteilten sich ziemlich gleichmäßig auf die erfaßten Industriezweige, mit Ausnahme der Nahrungsmittelindustrie. Im Zusammenhang mit der Bankraten- und Spareinlagenzinserhohung gingen schließlich auch

die Kurse der *Anlagepapiere* weiter zurück; der Kursindex festverzinslicher Werte (Pfandbriefe und Kommunalobligationen) erreichte mit 82,0 (März 1945 = 100) einen neuen Tiefstand (9% unter dem Index von November vorigen Jahres).

Die Gebarung des Bundeshaushaltes im Jahre 1951

Nach dem vorläufigen Gebarungsergebnis schloß der ordentliche Haushalt des Bundes im Jahre 1951 bei Ausgaben von 15.496 Mill. S und Einnahmen von 15.986 Mill. S mit einem Überschuß von 490 Mill. S. Im außerordentlichen Haushalt wurden für Bundesinvestitionen 877 Mill. S ausgegeben, wovon 490 Mill. S aus dem Überschuß im ordentlichen Haushalt und 287 Mill. S durch ERP-Freigaben gedeckt werden konnten. Der verbleibende Abgang im Gesamthaushalt von 100 Mill. S wurde durch Schatzscheine finanziert¹⁾.

Der Bundeshaushalt im Jahre 1951

Ausgaben	Einnahmen	
	a) Ordentlicher Haushalt	
	Mill. S	Mill. S
Ausgaben	15.496	Laufende Einnahmen
Überschuß	490	ERP-Counterparts
	15.986	Non-ECA-Counterparts
		15.986
	b) Außerordentlicher Haushalt	
Ausgaben	877	Überschuß ordentl. Haushalt ...
		ERP-Counterparts
		Schatzscheinbegebung
	877	490
		287
		100
		877

Die Schatzscheinfinanzierung konnte somit in engen Grenzen gehalten werden; das war aber in hohem Maße dem Umstand zu danken, daß der Fiskus im Jahre 1951 noch über beträchtliche Counterpartmittel verfügte. Im außerordentlichen Haushalt wurden 287 Mill. S und im ordentlichen Haushalt 156 Mill. S ERP-Mittel eingesetzt; dazu kamen 482 Mill. S aus Erlösen früherer ausländischer Hilfslieferungen (Non-ECA-Counterparts). Außerdem wurden im Jahre 1951 rund 900 Mill. S Importsubventionen²⁾ mit ERP-Mitteln bezahlt. Insgesamt finanzierte somit die Auslandshilfe im Jahre 1951 1.825 Mill. S oder 12% der Staatsausgaben (einschließlich Importsubventionen). Im Jahre 1952 darf der Finanzminister höchstens 200 Mill. S ERP-Mittel erwarten. Dieser starke Rückgang der Budgetaushilfe

¹⁾ Insgesamt wurden im Jahre 1951 wohl 330 Mill. S Schatzscheine begeben. Davon wurden jedoch nur 100 Mill. S zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt herangezogen.

²⁾ Diese Subventionen (Preisstützungen) wurden bisher nicht im Budget verbucht, sondern schienen nur als Differenz zwischen den tatsächlichen Erlöseingängen auf dem ERP-Konto und dem rechenmäßigen Solleingang auf Grund der Dollarhilfe umgerechnet zum offiziellen Kurs auf. Klarer und übersichtlicher wäre es gewesen, diese Importsubventionen als

aus Counterparts ist einer der wichtigsten Gründe für die akute Budgetkrise im Jahre 1952.

Währungspolitisch war das Verwenden von ERP-Mitteln zur Deckung von Staatsausgaben im Jahre 1951 unbedenklich, da insgesamt nur soviel ERP-Mittel freigegeben wurden, wie auf dem Counterpartkonto Schillingerlöse aus den ERP-Güterimporten eingingen. Anders verhält es sich mit den Erlösen aus Non-ECA-Konten. Diese 482 Mill. S wurden bereits vor einigen Jahren der Wirtschaft entzogen; ihre Verwendung im Jahre 1951 wirkte daher ebenso expansiv wie die Deckung von Staatsausgaben durch Schatzscheine. Das „echte“, die Gesamtnachfrage der Wirtschaft steigernde Defizit des Staatshaushaltes betrug daher im Jahre 1951 nicht nur 100 Mill. S (Schatzscheinfinanzierung), sondern 582 Mill. S. Während einer Depression mag es konjunkturpolitisch ratsam sein, daß der Staat der Wirtschaft mehr Geld zuführt, als er ihr durch laufende Steuereinnahmen und Counterparteingänge entzieht. Angesichts der offenkundigen inflationistischen Entwicklung im Jahre 1951 wäre es jedoch Aufgabe einer gesamtwirtschaftlich orientierten Finanzpolitik gewesen, einen Budgetüberschuß anzustreben oder zumindest laufende Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten.

Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Die übersaisonnmäßig niedrige Nachfrage, das wegen Liquiditätsschwierigkeiten und Exportsorgen steigende Warenangebot auf den heimischen Märkten sowie der Preissturz vieler Roh- und Hilfsstoffe auf den Weltmärkten üben einen wachsenden Druck auf die Preise aus. Dennoch werden die Preise — abgesehen von einigen Verkaufsaktionen zu Schleuderpreisen — vielfach nur zögernd gesenkt. Das mag teilweise an der bevorstehenden Erhöhung der Eisenbahn-Gütertarife, des Kraftstoffpreises und der Beförderungssteuer liegen, die viele Betriebe erheblich belastet.

Aber auch der Mangel an Wettbewerb, das weitverbreitete starre Festhalten an der Kalkulation zu Anschaffungspreisen und im Handel an fixen Prozentspannen pro Wareneinheit und schließlich die noch

Staatsausgaben im Budget zu verbuchen und ein höheres Defizit auszuweisen, das entweder unmittelbar durch Counterpartfreigaben gedeckt oder — was währungspolitisch das gleiche bedeutet — durch einen Einzahlungsüberschuß auf dem Counterpartkonto neutralisiert wird. Eine solche Verbuchung wäre auch psychologisch von Vorteil gewesen, da sie die Bevölkerung auf die mit dem Rückgang der Auslandshilfe unvermeidlich verbundenen Anpassungsschwierigkeiten vorbereitet hätte.

ungenügende Durchrationalisierung der Produktion verzögern auf weiten Gebieten wirksame Preissenkungen, die zu einer rascheren Wiederbelebung der Nachfrage führen könnten. Immerhin haben einige Industrien bzw. Industriebetriebe ihre Preise bereits merklich gesenkt. So haben z. B. einige Radiofirmen ihre Erzeugnisse — allerdings wegen der Kartellbindungen verschleiert (Inzahlungnahme von alten und ältesten Geräten, wobei sich der anzurechnende Betrag nicht nach dem Wert des alten Gerätes, sondern nach dem Listenpreis des neuen richtet) — erheblich verbilligt, und auch die Glühlampenindustrie hat ihre Preise weiter reduziert. Verschiedene Textilbetriebe sind ebenfalls bereits dazu übergegangen, die laufende Produktion billiger zu verkaufen, doch haben sich diese Preissenkungen — hauptsächlich infolge der Lagerhaltung und der Kalkulationsgewohnheiten im Handel — im Detailgeschäft noch zu wenig durchgesetzt. Auf dem Textilmarkt hemmt auch das ungünstige Wetter (Verzögerung der Frühjahrschaffungen) den Absatz.

In einzelnen Zweigen stiegen die Preise sogar. Insbesondere haben sich einige Importwaren auf Grund der Zollerhöhungen und der Kopplungsgeschäfte verteuert. Auch der Exportrückgang sowie die Verminderung der Exporterlöse infolge sinkender Weltmarktpreise kann jene Industrien, die bisher ihre Inlandspreise auf Kosten der Exportgewinne relativ niedrig gehalten haben, zu Preiserhöhungen veranlassen. Die Papierindustrie sieht sich in dieser Lage, doch finden zur Zeit noch Verhandlungen statt.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Großhandelspreisindex* ist von Mitte Februar bis Mitte März um 0,2% (von 830 auf 828; März 1938 = 100) zurückgegangen. Bei unveränderten Nahrungs- und Genußmittelpreisen sanken die Industriestoffpreise vor allem dank Preissenkungen bei Wolle, Kautschuk, Blei, Zink und Steinkohle durchschnittlich um 0,5%. Der Gesamtindex lag Mitte März um 1,8% unter seinem bisherigen Nachkriegshöhepunkt (Dezember 1951 843). Bei den im Index nicht erfaßten illegalen oder halblegalen Preisen, insbesondere für Buntmetalle und gewisse Chemikalien, war der Preisdruck deutlich erkennbar und wirkte sich in erheblichen Verminderungen der verschiedenen „Aufgelader“ aus.

Der Rückgang der Kleinhandelspreise ist — wenn man von vereinzelt und begrenzten, aber auffallenden Lageräumungen absieht — noch geringer als jener der Großhandelspreise. Zwar sind die verfügbaren Indizes — der Lebenshaltungskostenindex des Institutes und der Kleinhandelspreisindex des Statistischen Zentralamtes — gesunken, doch war ein Teil

des geringen Rückganges saisonbedingt. Der Rückgang betrug beim *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) 0,5%, von 701,6 auf 698,1 (April 1938 = 100). Der Kleinhandelspreisindex fiel um 0,3%, von 665 auf 663 (März 1938 = 100).

Im einzelnen wurden von den im Lebenshaltungskostenindex erfaßten Waren Eier (saisonbedingt um 11,1%), Schmalz (Verbilligung von Importschmalz um 10%), Schweinefleisch (geringfügig), Marmelade (5,7%) und Äpfel (5,3%) billiger. Die Preise für Rindfleisch, Kalbfleisch und Hülsenfrüchte zogen etwas an, während der Malzkaffeepreis um 18% erhöht wurde. Die Preise der im Index erfaßten Textilien zeigen noch eine bemerkenswerte Stabilität. Der Lebenshaltungskostenindex unterschritt im März seinen bisherigen Höchststand (Jänner 1952 708,2%) um 1,4%, während er im Vorjahr von Jänner auf März um 3,7% gestiegen ist¹⁾.

Von den *freien Versteigerungspreisen* im Wiener Dorotheum sank von Mitte Februar bis Mitte März der *Goldpreis* um 1,9%, der Durchschnittspreis für Briefmarken um 1,9%. Die „*schwarzen*“ *Devisenkurse* gingen von Ende Jänner bis Ende Februar um 2% zurück und liegen damit bereits um 4,9% unter dem Höhepunkt des Jahres 1951 (Oktober 518,2; März 1938 = 100).

Die *Tariflöhne und Gehälter* haben sich in der Berichtsperiode nicht verändert. Nur für die Ziegelindustrie wurde ein neuer Akkordvertrag mit einigen Verbesserungen für die Arbeiter abgeschlossen, die einer Lohnerhöhung um etwa 1% im Durchschnitt gleichkommen. Außerdem verhandeln die Bäckerarbeiter über eine Neufestsetzung der Nachtstundenbezahlung.

Die Erstellung des *Baukostenindex* für März 1952 hat sich aus statistisch-technischen Gründen verzögert; er wird in den nächsten Monatsberichten publiziert werden. Die Baukosten dürften sich nicht wesentlich abweichend von der allgemeinen Preisbewegung entwickelt haben.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten 3.1 bis 3.3

Die Anpassung des *Importprogramms 1951/52* an die endgültig auf 120 Mill. \$ verringerte ERP-Hilfe zwang vor allem die Nahrungsmiteleinfuhr stärker

¹⁾ In den Jahren 1949 und 1950 ist der Lebenshaltungskostenindex allerdings von Jänner auf März um 1,4% bzw. 4,1% gefallen.

zu kürzen¹⁾. Es sind insgesamt 115·8 Mill. \$ vorgesehen (58·3 Mill. \$ im 2. Halbjahr 1951 und 57·5 Mill. \$ im 1. Halbjahr 1952) gegenüber 124·9 Mill. \$ im bisherigen Importprogramm. Da die Beträge für die übrigen Einfuhrgüter (ausgenommen Rohstoffe) weniger gekürzt, in einzelnen Gruppen (Fertigwaren, Investitionen) vor allem aus handelspolitischen Gründen sogar erhöht wurden, sank der Anteil der Nahrungsmittel an den Gesamtimporten von 20·5% auf 19·6%²⁾. Trotz höheren Preisen ist der für Nahrungsmittelimporte präliminierte Betrag auch niedriger als der Wert der im Wirtschaftsjahr 1950/51 tatsächlich durchgeführten Einfuhren von Lebensmitteln und Getränken (2·68 Mrd. S oder umgerechnet zum Effektivkurs 123·1 Mill. \$, das sind 23·4% der Gesamtimporte); das Importvolumen wird daher beträchtlich niedriger sein³⁾.

Importprogramm 1951/52

Warenart	Neues ¹⁾		Bisheriges ²⁾	Abweichungen des neuen Programms vom bisherigen in %	
	2. Hbj. 1951	1. Hbj. 1952			
	Programm 1951/52		1951/52		
	Mill. \$				
Brotgetreide	22·7	19·9	42·6	38·8	+ 9·7
Fette und Öle	13·4	10·3	23·7	29·5	-19·6
Zucker	5·1	1·7	6·8	5·5	+ 24·5
Fleisch	2·2	4·6	6·8	8·5	-20·4
Milchprodukte	0·3	—	0·3	0·5	-32·0
Kaffee	1·7	0·6	2·3	5·0	-54·7
Europ. Grundnahrungsmittel ³⁾	8·8	6·0	14·8	20·9	-29·1
Welthandelsgüter ⁴⁾	4·1	4·2	8·3	16·2	-48·9
Sonstige	—	10·2	10·2	—	—
Ernährung insgesamt ..	58·3	57·5	115·8	124·9	- 7·3

¹⁾ Auf Grund der endgültig festgesetzten ERP-Hilfe von 120 Mill. \$.

²⁾ Auf Grund einer angenommenen ERP-Hilfe von 144 Mill. \$. — ³⁾ Insbesondere Obst, Gemüse, Fische, Eier, Wein. — ⁴⁾ Insbesondere Tee, Kakao, Reis, Gewürze.

Die einzelnen Nahrungsmittel werden von der Kürzung sehr ungleich betroffen. Die Importe von Brotgetreide und Zucker wurden höher angesetzt

¹⁾ Das neue Importprogramm wurde ebenso wie die bisherigen als Zahlungsprogramm (nicht als Lieferungsprogramm) aufgestellt. Es enthält für das 2. Halbjahr 1951 die auf Grund der Devisenstatistik geleisteten Zahlungen, einschließlich der Kompensationsgeschäfte (Schätzung), für das 1. Halbjahr 1952 Programmmittel im Rahmen der voraussichtlich verfügbaren Mittel. Dadurch kann es vorkommen, daß einzelne Ende 1951 bewilligte oder abgeschlossene, aber noch nicht bezahlte Importe im gesamten Jahresprogramm nicht aufscheinen.

²⁾ Die Vergleichbarkeit mit dem bisherigen Programm wird allerdings dadurch beeinträchtigt, daß im neuen Programm die Frachtkosten bis zur österreichischen Grenze (ausgenommen bei ERP-Einfuhren) in den einzelnen Positionen enthalten sind, während sie im bisherigen gesondert in einer Sammelpost „Frachten“ ausgewiesen waren. Der Rückgang der Importbeträge ist daher größer, der Zuwachs kleiner, als die Zahlen zeigen.

³⁾ Da zwischen Zahlung und Lieferung erfahrungsgemäß längere Zeit vergeht, muß das Importvolumen nicht schon im Wirtschaftsjahr 1951/52 geringer sein als im vorherigen.

werden, die Beträge für die übrigen Nahrungsmittel sind um 20 bis 55% verringert worden. Dennoch sind außer bei Brotgetreide (siehe Abschnitt Landwirtschaft) kaum Versorgungsschwierigkeiten zu befürchten. Einige Importwaren (insbesondere Fette) haben sich nämlich so verbilligt, daß für die reduzierten Dollarbeträge sogar größere Mengen eingeführt werden können. Außerdem sind für Kompensations- und Kopplungsgeschäfte mit verschiedenen Waren zusätzlich 10·2 Mill. \$ präliminiert. Schließlich erlaubt der relativ günstige Clearingstand gegenüber den Oststaaten, soweit deren Liefermöglichkeiten es zulassen, eventuell mehr als vorgesehen zu importieren (z. B. Zucker).

Trotz der 20%igen Kürzung der im Importplan vorgesehenen Beträge, rechnet man auf Grund der bisherigen Ergebnisse und der derzeitigen Importpreise mit einer Einfuhr von 55.500 t Fett (davon 27.500 t Schmalz), während ursprünglich nur 50.500 t veranschlagt waren. Einschließlich der Kompensationsgeschäfte (1.500 t im Werte von 0·75 Mill. \$) erhöht sich die voraussichtliche Einfuhr sogar auf 57.000 t. Da im Jahre 1951 rund 51.000 t importierte Fette verbraucht wurden, scheint die Fettversorgung im bisherigen Umfang selbst dann gesichert, wenn die Fettaufbringung aus Schlachtungen etwas abnehmen sollte, Wohl sind auch die Mittel für die *Fleisch*-einfuhr herabgesetzt worden; das ist aber praktisch bedeutungslos, weil die ursprünglich vorgesehenen Importe im Werte von 8·5 Mill. \$ aus den Oststaaten ohnehin nicht realisiert worden wären. Allerdings muß bezweifelt werden, ob überhaupt die für das 1. Halbjahr 1952 mit 4 Mill. \$ präliminierten *Fleisch*-importe aus Nichtteilnehmerländern möglich sein werden, nachdem im 2. Halbjahr 1951 nur für 0·7 Mill. \$ eingeführt worden ist. Für zusätzliche, im bisherigen Programm überhaupt nicht vorgesehene Importe gegen freie Dollar oder aus EPU-Staaten, konnten im 1. Halbjahr 1952 nur 0·6 Mill. \$ präliminiert werden (im 2. Halbjahr 1951 waren es immerhin 1·5 Mill. \$). Auch der Ausfall der Importe von *Milch*-produkten im 1. Halbjahr 1952 wird die Versorgung kaum stören, da ausländische Butter und Käse für den Gesamtverbrauch nie größere Bedeutung hatten. Überdies kann Käse im Kopplungs- und Butter im Kompensationswege eingeführt werden. Die Kürzung der Importmittel für *Kaffee*, *europäische Grundnahrungsmittel* und *Welthandelsgüter* beruht teils darauf, daß für eine Reihe dieser Waren⁴⁾ seit An-

⁴⁾ Unter anderen: Kaffee, Kakao, Tee, Gewürze, Feigen, Rosinen, Walnüsse, Haselnüsse, Mandeln, Datteln, Obst und Südfrüchte, Getränke, Obst-, Gemüse- und Fischkonserven.

fang 1952 nur Kopplungsgeschäfte zulässig sind, teils auf „echten“ Importrestriktionen¹⁾. Da sie jedoch vorwiegend weniger wichtige Nahrungs- und Genußmittel treffen, dürfte die gesamte Ernährungslage darunter kaum leiden.

Der Importplan für das I. Halbjahr 1952 dürfte sich weitgehend realisieren lassen. In den Devisenverwendungsplänen für das I. und II. Quartal 1952 sind unter anderem vorgesehen: für Brotgetreide 19·8 Mill. \$, Fleisch 4·3 Mill. \$, europäische Grundnahrungsmittel 6·2 Mill. \$, Welthandelsgüter 4·1 Mill. \$. Diese Beträge weichen von jenen im Jahresimportplan für das I. Halbjahr präliminierten nur geringfügig ab. Für Zucker wurde der für das I. Halbjahr 1952 präliminierte Betrag von 1·7 Mill. \$ aus den Oststaaten schon im I. Quartal freigegeben; für das II. Quartal wurden zusätzlich 1·36 Mill. \$ (6.000 t) bewilligt.

Nachdem das *Fleischangebot* in Wien im Februar infolge geringerer Einfuhren gesunken war, nahm es im März wieder um etwa 9% zu und war um 4% höher als im März 1951, weil die Inlandsaufbringung von Rindern und Schweinen²⁾ teilweise übersaisonnäßig gestiegen ist. Unter dem Druck des Angebotes wurden vor allem die Verbraucherpreise für Schweinefleisch wieder stärker nach Qualitäten differenziert; mindere Qualitäten, die bis dahin meist auch zu den amtlichen Höchstpreisen abgesetzt wurden, verbilligten sich Ende März bis um 10%.

Da die bisher angelegten Vorräte (900 t Schweinehälften und 700 t Speck) viel zu gering sind, den saisonbedingten Angebotsausfall im Sommer auszugleichen, hat die Gemeinde Wien einen Kredit von 20 Mill. S für den Ankauf von etwa 1.000 t Fleisch (vorwiegend Rindfleisch) bewilligt. Die Einlagerungskosten sowie die Disposition über die Vorräte übernimmt der Bund. Freilich verhindert diese Einlagerungsaktion derzeit ein stärkeres Sinken der Preise; sie wird jedoch zweifellos dazu beitragen, den Preisauftrieb im Sommer abzuschwächen³⁾. Auch die oberösterreichische Landesregierung hat einen Kredit von 4·5 Mill. S für die Sicherung der Fleischversorgung in den Sommermonaten bewilligt. Mit diesen

¹⁾ Der für Kopplungs- und Kompensationsgeschäfte zusätzlich präliminierte Betrag von 9·45 Mill. \$ (10·2 Mill. \$ abzüglich 0·75 Mill. \$ für Fett) kann das Defizit nur um etwas mehr als die Hälfte vermindern.

²⁾ Die rasche Verbreitung der Maul- und Klauenseuche läßt vielfach die Produzenten Schlachtvieh vorzeitig auf den Markt bringen.

³⁾ Trotz der hohen Lagerkosten dürfen die Verkaufspreise dieser Vorräte grundsätzlich die amtlichen Höchstpreise nicht überschreiten.

Mitteln werden Vorschüsse an Produzenten gewährt, die sich vertraglich verpflichten, in den Sommermonaten Schlachtvieh auf Abruf zu liefern.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten 3.4 bis 3.10

Die abnormal kalte und feuchte Witterung in der zweiten Märzhälfte verzögerte den *Frühjahrsanbau*. Vielfach befürchtet man, daß die verspätete Aussaat die Hektarerträge von Sommergetreide drücken wird. Das muß jedoch durchaus nicht der Fall sein, denn erfahrungsgemäß sind günstige Wachstumsverhältnisse im April, Mai und Juni für die Entwicklung der Saaten und die Höhe der Erträge von größerer Bedeutung als der Saattermin. Die Herbstsaaten stehen nicht ungünstig; sie haben im März zwar etwas gelitten, doch sind die Schäden nur gering. Daß die Obstbäume heuer um etwa zwei Wochen später blühen werden, ist im Hinblick auf die Gefahr von Spätfrösten sogar von Vorteil. Der Blütenansatz ist gut.

Der späte Vegetationsbeginn wird sich allerdings, vor allem bei den größeren Betrieben, auf die Arbeitsverteilung sehr nachteilig auswirken. Da sich heuer die Bestellungsarbeiten für Getreide, Rüben und Kartoffeln auf wenige Wochen im Monat April zusammendrängen, dürfte eine große Arbeitsspitze entstehen, die voraussichtlich nur unter sehr günstigen Witterungsverhältnissen und bei Einsatz aller verfügbaren Arbeitskräfte und Maschinen halbwegs zufriedenstellend zu bewältigen sein wird.

An *Brotgetreide* brachte die Landwirtschaft bis Ende Februar 232.134 t, davon 134.944 t Weizen und 97.190 t Roggen auf den Markt, um 30.204 t oder 15% mehr als vor einem Jahr, jedoch um 40.000 bis 50.000 t (15 bis 18%) weniger als vor zwei Jahren. Obwohl die Verkaufserlöse ab März durch den Wegfall der Ablieferungsprämie um 8% geringer sind, dürften die Landwirte auch in den nächsten Monaten noch Brotgetreide anbieten. Diese Annahme scheint berechtigt, zumal Körnermais, der stark gefragt ist, auch weiterhin im Tausch gegen Brotgetreide verbilligt zur Verfügung gestellt wird. Dadurch erhöht sich der Erlös für Brotgetreide indirekt um 50 S je 100 kg oder 25%. Schon bisher wirkte sich die geregelte Zuteilung verbilligter Futtermittel auf die Marktbeschickung günstig aus: Im Jänner und Februar 1952 wurden 23.815 t und 22.257 t Brotgetreide verkauft gegen nur 14.470 t und 9.929 t im Jänner und Februar 1951. Obwohl die Landwirte gewisse Getreidereserven zu halten pflegen, bis die neue Ernte gesichert ist, kann doch ange-

nommen werden, daß die Marktleistung an Brotgetreide bis Ende Juni 250.000 t erreichen wird. Sie würde damit allerdings noch immer um 70.000 t niedriger sein, als im Herbst 1951 angenommen wurde.

Das Problem der *Verteilung verbilligter Futtermittel* ist durch die ausschließliche Abgabe an Brotgetreide- und Schweinelieferanten freilich nicht zufriedenstellend gelöst — vor allem nicht von gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Abgesehen davon, daß im einzelnen auf die Unterschiede im Bedarf der landwirtschaftlichen Betriebe keine Rücksicht genommen wird, verleitet dieses System zu einem unreellen Handel mit der subventionierten Ware. Das eine Ziel, den Produzenten von Brotgetreide und Schweinen einen Preisvorteil zu bieten und sie zum Verkauf bereits erzeugter Waren anzureizen, wird zwar in allen Fällen erreicht, nicht immer aber auch das andere, die Betriebsinhaber zur Verwertung der zugewiesenen Futtermittel in ihren eigenen Betrieben zu verpflichten, teils weil sie über größere eigene Futterreserven verfügen, teils weil eine verstärkte Mast betriebswirtschaftlich nicht möglich ist. Ein Teil der zur Fleischpreisverbilligung aufgewendeten öffentlichen Mittel gelangt so in Hände, die sich nicht mit der Produktion von Fleisch befassen.

Entgegen vielen Befürchtungen dürfte der Rückstand in der Eigenaufbringung die Versorgung mit Brotgetreide heuer kaum ernstlich gefährden. Es ist nämlich trotz verringerter ERP-Hilfe und knappen Devisenbeständen gelungen, den Import von 450.000 t Brotgetreide gegenüber einem Präliminare von bisher 430.000 t sicherzustellen. So sieht das revidierte Importprogramm 1951/52 vor, daß 302.000 t Brotgetreide mit Hilfe von ERP-Dollar, 102.000 t aus der EPU-Zone und 46.000 t aus anderen Nicht-Teilnehmerstaaten bezogen werden. (In den Wirtschaftsjahren 1950/51 und 1949/50 wurden noch 539.927 t und 512.650 t Brotgetreide [Mehl auf Getreide umgerechnet] aus dem Ausland bezogen, im Durchschnitt 1933/37 allerdings bloß 348.000 t.) Man hofft überdies, daß Österreich eine Überbrückungshilfe von 10 Mill. Dollar gewährt wird und 100.000 bis 200.000 m³ Schnittholz zusätzlich in die Türkei und Levante exportiert werden können, um etwas mehr Weizen, Roggen, Futtermittel und Kohle einzuführen und die Vorratsreserven zu erhöhen.

Sollten zusätzliche Importe nicht möglich sein, so wird Österreich im September allerdings nur über eine Reserve von voraussichtlich 60.000 t Brotgetreide der alten Ernte verfügen, gegenüber 125.000 t und 150.000 t im September 1951 und 1950. Doch werden zu diesem Zeitpunkt sicherlich auch schon entspre-

chende Mengen Inlandsgetreide aus der neuen Ernte zur Verfügung stehen. Immerhin wären aber größere Vorräte von altem Getreide sehr erwünscht, teils um die neue Frucht mit altem Getreide mischen und Mehl von guter Backfähigkeit erzeugen zu können und teils um gegen mögliche Stockungen in der Getreideeinfuhr oder Inlandsaufbringung gewappnet zu sein.

Die *Futtergetreideimporte* wurden im neuen Jahresprogramm 1951/52 um weitere 33.000 t auf 442.000 t gekürzt. Da einige europäische Bezugsländer ausfielen, mußten größere Importe aus den USA programmiert werden. Im ganzen sollen 287.000 t mit ERP-Dollar, 45.000 t gegen freie Dollar, 61.500 t aus der EPU-Zone und 48.500 t aus anderen Nicht-Teilnehmerstaaten eingeführt werden. Da im Wirtschaftsjahr 1950/51 nur 303.000 t Futtergetreide, Futtermehl und Kleie importiert wurden, hat sich die Versorgung mit ausländischen Futtermitteln bedeutend gebessert. Sie wird allerdings immer noch unter dem Vorkriegsstand — 600.000 t im Durchschnitt 1933/37 — bleiben.

Auch die *Ölkucheneinfuhren* sind heuer größer als im Jahre 1950/51; da im II. Quartal 1952 20.000 t zur Verfügung stehen, können für 100 kg an die Molkereien gelieferter Milch ab März 10 kg Ölkuchen (statt bisher 5 kg) zugeteilt werden. Man bewilligte 3·6 Mill. Dollar für die Einfuhr von Ölkuchen statt der vorgesehenen 2·9 Mill. Dollar, um die Milcherträge bei den gesunden Viehbeständen durch höhere *Eiweißgaben* zu heben und den durch Erkrankungen an Maul- und Klauenseuche bedingten Milchausfall nach Möglichkeit zu kompensieren.

Überdies kann heuer auch mehr *Handelsdünger* importiert werden, und zwar trotz Kürzung des vorgesehenen Betrages um 1·7 Mill. Dollar auf 6·8 Mill. Dollar. Die erhöhten Einfuhren wurden durch eine starke Verbilligung von Kalisalz ermöglicht. Bei diesem Düngemittel beträgt die Stützung nur noch 18 S je 100 kg oder 30%, bei Gesamtkosten von 58 S. Bei Superphosphat und Thomasmehl, deren Gesamtkosten sich je nach dem Bezugsland auf 100 bis 110 S bzw. 78 bis 87 S stellen, beträgt die Subvention jedoch noch 40 bis 60 S je 100 kg oder rund 50%.

Das Angebot von *Schlachtschweinen* aus dem Inland war im März saisonbedingt hoch. Dazu kam, daß die Mast in vielen Fällen vorzeitig abgebrochen wurde, um Verlusten durch die Maul- und Klauenseuche vorzubeugen. Zuzufolge des verstärkten Angebots gingen die Preise für Lebenschweine ab Hof Ende März vereinzelt bis auf die amtlichen Höchstpreise zurück.

Die Holzschlägerungen im Jahre 1951

Den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zufolge wurden im Kalenderjahr 1951 10·2 Mill. *fm* *Derbholz* geschlägert, um 14% und 8% mehr als in den Jahren 1950 und 1949 und um 20% mehr als im Jahre 1947. Seit 1947 stieg die Nutzholzmenge von 4·2 auf 7·1 Mill. *fm* oder um 68%, während die Brennholzmenge von 4·3 auf 3·1 Mill. *fm* oder um 28% sank. Der Brennholzanteil am Gesamteinschlag ging von 50% im Jahre 1947 auf 30% im Jahre 1951 zurück.

Holzeinschlag nach Kalenderjahren¹⁾

Art	1947 ²⁾	1948	1949	1950	1951	1951 in % v. 1947
1.000 <i>fm</i> ohne Rinde						
Nutzholz.....	4.228'7	5.069'2	6.026'5	6.186'5	7.089'1	167'6
Brennholz.....	4.287'7	3.167'5	3.397'7	2.770'9	3.102'4	72'4
Insgesamt	8.516'4	8.236'7	9.424'2	8.957'4	10.191'5	119'7

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. —
²⁾ Korrigierte Ziffern.

Nicht in allen Bundesländern forcierte man die Schlägerungen in gleichem Maße. In der Steiermark, in Kärnten, Oberösterreich und Salzburg, wo schon in den letzten Jahren die Substanz stärker angegriffen wurde, ist nur wenig mehr als im Jahre 1950 genutzt worden (+ 6 bis + 9%), dagegen wurde in Tirol (+ 33%), im Burgenland (+ 57%) und in Vorarlberg (+ 156%) erheblich mehr geschlägert. Auf die Waldfläche (laut Forststatistik 1935) bezogen, betrug der Gesamteinschlag im Durchschnitt 3·25 *fm* per *ha*; in Kärnten (4·25 *fm*), Oberösterreich (4·17 *fm*) und in Vorarlberg (3·98 *fm*) war der Holzanfall größer, in Niederösterreich, Wien, Steiermark und Tirol kleiner. Im Privatwald unter 50 *ha* (Bauernwald) wurde relativ mehr Holz geschlägert (3·52 *fm* je *ha*) als im Staatswald (3·43 *fm*) und im Privatwald über 50 *ha* (3·23 *fm*); im Körperschaftswald (2·30 *fm*) wurde am wenigsten genutzt.

Nach den offiziellen Angaben wurden im letzten Jahre 7·4 Mill. *fm* *Derbholz* für den Verkauf geschlägert, davon 6·2 Mill. *fm* Nutzholz und 1·2 Mill. *fm* Brennholz. Vom Nutzholz waren 4·6 Mill. *fm* Stammhölzer, Schwellenhölzer und Derbstangen, also überwiegend für den Sägeverschnitt geeignetes Rundholz, während 1·6 Mill. *fm* auf Schleifholz- und Grubenholzsorten entfielen. Außerdem wurden noch 2·8 Mill. *fm* *Derbholz* für den Bedarf der Waldbesitzer genutzt, und zwar 2·0 Mill. *fm* Brennholz sowie 0·8 Mill. *fm* Nutzholz. Wird berücksichtigt, daß auch das Nutzholz für den Eigenbedarf zum größten Teil auf gewerblichen Sägen verschnitten wird, so stehen aus den Schlägerungen des Jahres 1951 — also ohne Berücksichtigung etwaiger Vorräte aus früheren Jahren — etwa 5·3 Mill. *fm* Rundholz für den Verschnitt

zur Verfügung. Daraus können 3·4 Mill. *m*³ Schnittware gewonnen werden. Für den Export wären somit nach Abzug des Verbrauches im Inland (1·2 bis 1·3 Mill. *m*³) noch 2·1 bis 2·2 Mill. *m*³ Schmittholz verfügbar. Gegenüber der Schlägerung 1950, die laut Statistik etwa 4·8 Mill. *fm* Säge-Rundholz abwarf, erhöhte sich die Rohstoffbasis der Sägeindustrie um 500.000 *fm*.

Kommerzieller und sonstiger Holzeinschlag¹⁾

(Nach Kalenderjahren)

Art	1947	1948	1949	1950	1951	1951 in % v. 1947
1.000 <i>fm</i> ohne Rinde						
Einschlag f. d. Verkauf						
Nutzholz.....	3.625'4	4.410'7	5.241'2	5.507'8	6.241'0	172'1
Brennholz.....	2.424'4	1.386'8	1.053'2	955'7	1.143'5	47'2
Insgesamt	6.049'8	5.797'5	6.294'4	6.463'5	7.384'5	122'1
Einschlag f. d. Eigenbedarf						
Nutzholz.....	603'3	658'5	785'4	678'8	848'0	140'6
Brennholz.....	1.863'3	1.780'7	2.344'4	1.815'2	1.959'0	105'1
Insgesamt	2.466'6	2.439'2	3.129'8	2.494'0	2.807'0	113'8

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

Trotz der hohen, den jährlichen Holzzuwachs¹⁾ übersteigenden Holznutzung, kann der Bedarf für die holzverbrauchende Industrie und die Holzausfuhr nur mit Mühe gedeckt werden. Bedenkt man, daß der Verbrauch der Industrie an Schleifholz annähernd 2 Mill. *fm* erreicht (er soll sich nach dem Ausbau der Papierindustrie auf 2·5 Mill. *fm* erhöhen), der Verbrauch an Grubenholz 220.000 *fm* übersteigt (im Jahre 1951 sind außerdem noch 66.000 *fm* Grubenholz exportiert worden) und der Verschnitt von Sägerundholz 6·1 Mill. *fm* (1951) beträgt, und vergleicht dazu den Anfall an diesen Sortimenten laut Holzerntestatistik 1951 (1·4, 0·2 und 5·3 Mill. *fm*), so erklärt sich auch die feste Preistendenz auf den inländischen Rohholzmärkten.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die Energieversorgung war im Februar ausreichend, obwohl Einfuhr und Inlandsproduktion leicht zurückgingen.

Die gesamte *Stromerzeugung* verminderte sich infolge der kalten Witterung gegenüber dem Vormonat um 34·5 Mill. *kWh*. Niederwasser und geringere Erzeugung der Speicherwerke senkten die hydraulische *Stromerzeugung* um 12·5%.

Die kalorische *Stromerzeugung* betrug 187 Mill. *kWh* oder 43% der *Gesamterzeugung*. Sie war damit

¹⁾ Der Zuwachs wurde vor dem Kriege auf 9·5 Mill. *fm* geschätzt; er ist jetzt sicherlich etwas niedriger. Genauere Angaben wird man allerdings erst nach Abschluß der im Gang befindlichen Waldstandsaufnahme machen können.

um 106 Mill. *kWh* höher als im Februar 1951. Da nur ein Drittel aus Erdgas, Heizöl und Hochofengas erzeugt wurde, gingen die Kohlenvorräte bis Ende Februar 1952 um 54.700 t auf 191.729 t (SKB) zurück. Der Heizölvorrat betrug 1.259 t.

Der inländische *Stromverbrauch* war mit 412 Mill. *kWh* um 19% höher als im gleichen Monat des Vorjahres.

Die *Stromeinfuhr* stieg von 5 auf 7 Mill. *kWh*, während die *Ausfuhr* von 31 auf 21 Mill. *kWh* zurückging.

Am 8. Februar 1952 wurde im Wasserkraftwerk Ranna ein neuer Maschinensatz mit 12 *MW* Leistung in Betrieb genommen, am 9. Februar 1952 im Dampfkraftwerk St. Andrä der 1. Turbosatz mit einer Leistung von 20 *MW*.

Die inländische Kohlenförderung betrug im Februar 231.748 t (SKB) (16.856 t Steinkohle und 429.784 t Braunkohle) gegenüber 250.696 t im Vormonat. Der Rückgang ist auf die geringere Zahl der Arbeitstage (25 Tage im Februar gegenüber 26 Tagen im Jänner) und die verminderte Arbeitsleistung in den Tagbauen infolge der ungünstigen Witterung zurückzuführen.

Die *Kohleneinfuhr* war im Februar mit 493.664 t (SKB) um 12,7% geringer als im Jänner, aber immer noch viel höher als im Durchschnitt des Jahres 1951. Die Koks- und Braunkohlenimporte blieben fast unverändert; die Steinkohlenimporte gingen dagegen infolge rückläufiger Einfuhren aus Polen, den USA und dem Saargebiet um 74.000 t zurück.

Der Ruhrkohlenbezug wurde im neuen österreichisch-deutschen Handelsvertrag geregelt. Österreich soll im Jahre 1952 1,76 Mill. t Steinkohle erhalten. Außerdem wird es etwa 600.000 t Ruhrkohle von der Europäischen Marshall-Plan-Organisation in Paris zugeteilt bekommen, zusammen sind das 2,4 Mill. t Ruhrkohle. Österreich steht damit derzeit hinter Frankreich, Luxemburg, Italien und Schweden an fünfter Stelle.

Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im Februar 701.458 t Kohle (SKB) zur Verfügung, um 11,9% mehr als im selben Monat des Vorjahres.

Industrieproduktion

Dazu statistische Übersichten 5.1 bis 5.22

Die Absatzschwierigkeiten einiger Branchen — vor allem auf den Konsumgütermärkten — haben sich im Jänner — und soweit die vorliegenden Daten zeigen, auch im Februar — noch nicht auf die Produktion ausgewirkt.

Der Produktionsindex, der im Dezember über-saisonmäßig stark zurückgegangen war, weil zahlreiche Betriebe wegen der vielen Feiertage die Erzeugung vom 23. Dezember bis 2. Jänner eingestellt hatten, stieg im Jänner wieder um 10% und war damit sogar etwas höher, als es dem Saisonverlauf entsprochen hätte.

Die vom normalen Saisonverlauf abweichende Entwicklung war in erster Linie der Entwicklung der Konsumgütererzeugung zuzuschreiben, deren Index im Dezember um 26% zurückging, im Jänner aber um 24% stieg, während der Index der Produktionsmittelindustrien in den gleichen Monaten um 12% und 0,5% sank, was dem Saisonverlauf annähernd entsprach.

Da auch der Beschäftigungsindex der Industrie im Jänner um 0,8% niedriger war als im Dezember, stieg der Produktivitätsindex um 10% auf 96,5% von 1937.

Der Index der *Bergbauproduktion* nahm im Februar, größtenteils wegen des kalten Wetters, um 1,1% ab. Vor allem die Erzförderung und die Salzproduktion gingen zurück.

Auch die *Magnesiumindustrie* hat im selben Monat um 8,1% weniger erzeugt.

Der Produktionsindex der *eisenschaffenden Industrie* stieg im Februar weiter um 4,5% auf 207,7% von 1937 und erreichte damit seinen bisherigen Höchststand.

Das Walzwerk Kindberg wurde in der letzten Zeit ausgestaltet; insbesondere wurde die schwerste Strecke modernisiert.

Die VÖEST haben ein großes Exportgeschäft abgeschlossen, bei welchem gegen 120.000 t englische Kohle und 100.000 t indisches Eisenerz 60.000 t Roh-eisen ausgeführt werden sollen.

Günstige Handelsverträge haben die Versorgung mit Ferrolegerungen gebessert. Die IMC sagt eine Entspannung der Rohstoffmärkte im 2. Halbjahr 1952 voraus.

Der Produktionsindex der *Metallhütten* ist im Jänner noch um 7,2% zurückgegangen. Mit Ausnahme von Kupfer wurde in allen Positionen weniger erzeugt. Das Aluminiumwerk Ranshofen hat ein Veredlungsgeschäft abgeschlossen, das es ermöglichte, Anfang März zwei Ofenhallen zusätzlich in Betrieb zu nehmen. Es wird Aluminium gegen Kohle zur kalorischen Energieerzeugung kompensiert. Durch dieses Geschäft konnte der saisonmäßige Aufschwung der Aluminiumproduktion vorverlegt werden.

Die Produktion der *Gießereiindustrie* holte im Jänner wieder auf, nur Grauguß blieb davon ausgeschlossen. Der Index stieg um 12,2%. Die Versor-

gung mit Gußbruch und Altmetallen war in letzter Zeit etwas besser, da die Kreditrestriktion den Handel teilweise zur Auflösung seiner Lager zwingt und die verschärfte Überwachung durch das Handelsministerium die bestehenden Lager weitgehend mobilisiert.

Der Produktionsindex der *Maschinenindustrie* ist im Jänner um 8'1% gesunken. Die Entwicklung war in den einzelnen Positionen uneinheitlich. Im allgemeinen ist die Maschinenindustrie voll beschäftigt. Der Auftragsstand ist befriedigend und es besteht eine große Auslandsnachfrage. Besonders Werkzeugmaschinen, Landmaschinen und Holzbearbeitungsmaschinen sind sowohl im Inland als auch im Ausland stark gefragt. Der zunehmende Mangel an heimischem Walzmaterial, sowie die hohen Preise für importiertes Material verhindern, daß diese Konjunktur ausgenützt wird.

Der Produktionsindex in der *Elektroindustrie* ging auch im Jänner noch um 6'2% auf 236'5% von 1937 zurück. Die Erzeugung von Bleikabeln, Radioapparaten und Meßgeräten hat stärker abgenommen, im übrigen war sie annähernd gleich oder höher als im Vormonat.

Der Produktionsindex der *Fahrzeugindustrie* ist im Jänner um 22'6% gestiegen. In allen Sparten wurde mehr erzeugt als im Dezember; die Lieferungen von Lastkraftwagen, Traktoren und Motorrädern erreichten neue Höchststände.

Die *Baustoffproduktion* entsprach der Saison.

Die Produktion der *chemischen Industrie* nahm im Berichtsmonat um 22% zu. Besonders die Erzeugung von Seife und Waschmitteln (starke Verbilligung!), Zündhölzern, Kristallsoda, Kautschukwaren und Kalkammonsalpeter ist stark gestiegen.

Industrie und Gewerbe haben die Erzeugung von Pharmazeutika beträchtlich ausgebaut. Die Zahl der Betriebe beträgt derzeit etwa 120. 75% aller benötigten Medikamente können im Inland erzeugt werden. Vor dem Jahre 1938 mußten 75% der Medikamente — hauptsächlich aus Deutschland — eingeführt werden. Der derzeitige Import beschränkt sich in der Hauptsache auf chemische Grundstoffe. Unter den Fertigwarenlieferanten steht Deutschland wieder an erster Stelle.

Der Produktionsindex der *Papierindustrie* stieg im Februar um 1'6% auf 114'4% von 1937. In den letzten Wochen sind die Papierpreise auf dem Weltmarkt durchschnittlich um 25% bis 40% gefallen.

Die *Leder- und Schuherzeugung* holte im Jänner stark auf (16'6%). Vor allem die Tennis- und Lederschuhproduktion nahm saisongemäß zu.

Der Produktionsindex der *Textilindustrie* stieg im Jänner um 11'4% auf 119'6% von 1937.

Inlandsabsatz der Textilindustrie¹⁾

		1950		1951		
		IV. Qu.	I.—IV. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I.—IV. Qu.
Baumwollwebwaren	1.000 m	27.477	79.586	23.334	29.091	105.900
Wollwebwaren	1.000 m	4.757	11.792	2.495	2.558	11.279
Wollstrickgarn	1.000 kg	100	413	62	164	408
Seidenwebwaren	1.000 m	2.078	6.846	2.021	2.416	8.920
Bastfaserwebwaren	1.000 m	3.601	10.574	2.033	2.186	9.106
Seilerwaren	1.000 kg	103	1.198	98		
Strümpfe	1.000 Dtz	364	1.210	361	406	1.558
Wäschestücke	1.000 St	2.655	7.586	2.570	3.018	10.085
Pullover u. Westen	1.000 St	223	576	175	273	742
Kleider und Oberkleidung	1.000 St	79	203	58	65	232

¹⁾ Nach Angaben des Fachverbandes der Textilindustrie.

Außer in der Strick- und Wirkwarenindustrie hat sich der Absatzrückgang noch nicht deutlich auf die Produktion ausgewirkt. Im Februar und März dürfte insbesondere die Schafwollwarenproduktion zurückgegangen sein, denn einzelne Betriebe mußten Arbeiter entlassen oder zur Kurzarbeit übergehen.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Der schwache Geschäftsgang im Einzelhandel hielt auch im Februar an. Der Gesamtindex der Einzelhandelsumsätze nahm zwar infolge erhöhter Nachfrage nach Lebensmitteln um 4% zu, in den meisten übrigen Branchen jedoch blieben die Umsätze hinter den saisonmäßigen Erwartungen zurück. Das Umsatzvolumen war im Durchschnitt um etwa 5 bis 10% niedriger als im Februar 1951; in einer Reihe von Branchen wurden auch die Wertumsätze des Vorjahres bis um 20% unterschritten. Der Geschäftsgang wäre offenbar noch schlechter gewesen, wenn nicht zahlreiche günstige Sonderverkäufe¹⁾ die Kauflust ange regt hätten.

Das Nachlassen der Umsätze im Vergleich zum Vorjahr ist ebenso wie in anderen westeuropäischen Ländern die Folge einer verminderten Konsumneigung, die durch Erwartung stärkerer Preisrückgänge unterstützt wird. Die unverkennbare konjunkturelle Abschwächung in den letzten Monaten dürfte die Konsumenten zum Halten höherer Barsummen und zu größerer Vorsicht im Einkauf veranlassen; sie wollen im Falle von Arbeitslosigkeit über Reserven verfügen können und nicht in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Bezeichnend sind hiefür die besonders im Möbelhandel abnehmenden Kreditkäufe. Teilweise drückt auch bereits die langsam steigende Kurzarbeit

¹⁾ In Wien wurden Inventur- und Saisonräumungsverkäufe im Jänner durchgeführt, Weiße Wochen und sonstige Sonderverkäufe auch noch im Februar.

und Arbeitslosigkeit in den Konsumgüterindustrien den Geschäftsgang.

Die Einkäufe des Einzel- und des Großhandels sind im Gefolge des Nachfragerückganges um so vorsichtiger geworden, als noch zu Herbstbeginn eine falsche Einschätzung des kommenden Geschäftsganges hohe Lagerbestände entstehen ließ. Die Nachbestellungen erfolgen nun nur zögernd, obwohl die Erzeuger die Preise (besonders die von Textilien) vielfach merklich reduzieren und auch in den sonstigen Lieferbedingungen entgegenkommen. Da aber der Handel, vom Kostendeckungsprinzip ausgehend, in der Regel zu Anschaffungs- und nicht zu Wiederbeschaffungspreisen kalkuliert, kann sich das Sinken der Erzeugerpreise für den Konsumenten noch nicht auswirken, solange der Handel seine Liquiditätsschwierigkeiten noch erträglich findet. Wie die Ergebnisse der Saisonräumungsverkäufe zeigen, können in der gegenwärtigen konjunkturellen Lage entsprechende Preisnachlässe die Nachfrage zweifellos noch beleben.

In Wien wurden in diesem Jahr etwa doppelt so viel *Inventur-, Saisonräumungs- und Sonderverkäufe* angemeldet wie im Vorjahr (269 gegenüber 138). Das angebotene Warensortiment und die Preisnachlässe waren ebenfalls bedeutend größer als im Vorjahr. Auch nach Ablauf der festgesetzten Termine haben zahlreiche Firmen verschiedene Okkasionsverkäufe durchgeführt, um ihre Warenlager abzubauen. Nach genauen Meldungen einiger Wiener Warenhäuser haben diese günstigen Kaufmöglichkeiten die Konsumentennachfrage beträchtlich gesteigert. Der durchschnittliche tägliche Kundenbesuch war während der Inventurverkäufe um 70%, der Umsatz teils dank Preisnachlässen, teils weil vor allem billigere Waren gekauft wurden, um 40% höher als in den übrigen Verkaufstagen. Noch stärker war die Anziehungskraft der in diesem Jahr erstmals nach dem Krieg in größerem Umfang durchgeführten Weißen Wochen. In den Weißwarenabteilungen Wiener Warenhäuser waren täglicher Kundenbesuch und Umsatz während dieser Zeit mehr als viermal so hoch wie an normalen Verkaufstagen.

Am schwächsten war im Februar die Nachfrage nach Textilien und Bekleidung. Die Verkäufe von *Textilien* nahmen gegenüber Jänner um 15% ab (der Saisonindex nimmt im Februar bei einzelnen Warengruppen schon etwas zu) und waren wertmäßig um 21% (mengenmäßig um etwa 35%) niedriger als im Februar 1951. Die Käufe von Schuhen sanken um 11% (saisongemäß nur 5%) und lagen wertmäßig um 15%, mengenmäßig um etwa 30% unter dem Stand vom Februar 1951. Die Nachfrage

nach *Möbeln und Wohnbedarf* nahm zwar um 5% zu, war jedoch schwächer, als man saisongemäß erwartet hätte (+ 12%). Das Umsatzvolumen vom Februar 1951 wurde allerdings relativ wenig unterschritten (- 15%).

Die Umsätze des Kleinhandels mit *Lebensmitteln* belebten sich entsprechend den Erwartungen¹⁾ um 11% und waren dem Volumen nach etwa gleich hoch wie im Vorjahr. Der *Tabakwarenverkauf* blieb gegenüber Jänner nahezu unverändert, war jedoch wert- und mengenmäßig um 14% höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Von den unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Branchen wurden Umsatzrückgänge bei *Papierwaren* (35%) und *Lederwaren* (7%) gemeldet, während *Parfumerie- und Drogeriewaren* um 3% mehr verkauft wurden. Das Umsatzvolumen vom Februar 1951 wurde in keiner dieser Branchen erreicht.

Die in den letzten Monaten branchenweise sehr unterschiedlichen Veränderungen der Umsätze gegenüber dem Vorjahr deuten darauf hin, daß der Nachholbedarf an Textilien und Bekleidungsgegenständen weitgehend gedeckt ist und sich die Nachfrage der Konsumenten wieder stärker auf langlebige Konsumgüter konzentriert. Diese Entwicklung wird allerdings dadurch etwas abgeschwächt, daß die Kreditgeschäfte, die gerade in diesen Branchen bisher eine bedeutende Rolle spielten, in letzter Zeit stärker zurückgehen.

An *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) gingen im Februar 364·6 Mill. S ein, nur um 20% weniger als im Vormonat, obwohl die Einzelhandelsumsätze im Jänner um 55% sanken. Das erklärt sich daraus, daß die Eingänge auch im Jänner hinter den Erwartungen auf Grund der Dezemberumsätze zurückgeblieben waren und Nachtragszahlungen geleistet wurden.

Die Einnahmen an *Verbrauchssteuern* sanken abermals um 6% auf 121·7 Mill. S. Während die Eingänge an Tabaksteuer nahezu gleich blieben, sanken die Erträge der Wein- und Biersteuer saisongemäß (nach den Feiertagen) um 27% und 24%, die der Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag) um 15%. An Zuckersteuer gingen um 17%, an Salzsteuer um 43% mehr ein als im Vormonat.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten 7.1 bis 7.15

Die Zahl der *Beschäftigten* fiel auch im Februar — um 23.300 auf 1,876.300 — und nahm erst im März um 17.700 zu. Nur die Zahl der Angestellten

¹⁾ Die Nachfrage nach *Lebensmitteln* geht in der Regel im Jänner (nach den Feiertagen) stark zurück und nimmt im Februar wieder langsam zu.

in der Privatwirtschaft stieg nach einem leichten Rückgang im Jänner bereits im Februar und erreichte mit 359.300 einen neuen Höhepunkt. Die Gesamtbeschäftigung war Ende Februar 1952 höher als Ende Jänner 1951 (1,862.800), dem damals tiefsten Stand des Jahres. Im Jahre 1951 nahm die Beschäftigung schon im Februar zu. Dadurch blieb der Beschäftigtenstand im Februar und März dieses Jahres zum erstenmal seit Jänner 1951 hinter dem entsprechenden Vorjahresmonat zurück.

Die gegenüber dem Vorjahre geringere Beschäftigung im Februar ist — worauf bereits im letzten Bericht hingewiesen wurde — zum Teil auf eine Verschiebung des Saisonablaufes zurückzuführen. Die strengere Witterung seit Mitte Jänner verhinderte ein frühes Anlaufen der Bautätigkeit, das im Vorjahr die Winterarbeitslosigkeit beträchtlich gemildert hatte. Außer dieser wetterbedingten Verschiebung zeigen sich jedoch auf dem Arbeitsmarkt gewisse, zunächst noch leichte Schwächeerscheinungen, die nicht durch den Saisonablauf allein erklärt werden können und auch in den kommenden Monaten die Beschäftigung unter den Vorjahresstand drücken könnten. Der steigende Trend der Beschäftigung, der bis Herbst 1951 angedauert hatte, ist seit Dezember einer leicht fallenden Tendenz gewichen. Der saisonbereinigte Index der Beschäftigung fiel von 103,5 im November (1948 = 100) auf 99,9 im Februar.

Wie in verschiedenen anderen Ländern sind auch in Österreich, besonders in der Textil- und Bekleidungsindustrie, Absatzschwierigkeiten eingetreten.

Obwohl die in letzter Zeit zunehmende Kurzarbeit in den Arbeitslosenzahlen nicht zum Ausdruck kommt, ist die Arbeitslosigkeit bei den Textil- und Bekleidungsarbeitern beträchtlich gewachsen. Während die Gesamtarbeitslosigkeit im Jänner um 29,6% (von 152.300 auf 197.300) und im Februar um 9% (von 197.300 auf 215.100) zunahm, stieg sie bei den Textil- und Bekleidungsarbeitern um 52,2% (von 11.500 auf 17.500) und 12,9% (von 17.500 auf 19.700). Ende Februar 1952 war die Arbeitslosigkeit in den Textil- und Bekleidungsberufen um 7.300 größer als vor einem Jahr; im Februar 1951 entfielen 6,2% aller Arbeitslosen auf diese beiden Kategorien, im Februar 1952 9,2%.

Die wachsende Arbeitslosigkeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie beeinflusst auch das allgemeine Strukturbild des Arbeitsmarktes. Vorarlberg, dessen Arbeitnehmer fast zu einem Drittel in der Textilindustrie beschäftigt sind, hat seit langer Zeit zum ersten Mal wieder eine nennenswerte

Arbeitslosigkeit. Im Februar waren dort 2.065 Personen ohne Arbeitsplatz; im vorigen Wintertiefpunkt waren es 1.492 und im Februar 1951 nur 979. Die Beschäftigungsschwierigkeiten in der Textil- und Bekleidungsbranche treffen die Frauen stärker als die Männer. Darauf dürfte zurückzuführen sein, daß die Frauenarbeitslosigkeit Ende März mit 62.755 um 451 höher war als Ende Februar, während die Männerarbeitslosigkeit in diesem Zeitraum bereits von 152.800 auf 127.500 (die Gesamtarbeitslosigkeit von 215.100 auf 190.300) zurückging.

Außer bei den Textil- und Bekleidungsarbeitern ist die Entwicklung seit Jahresbeginn auch bei den meisten anderen Berufen — mit Ausnahme der gastgewerblichen Arbeiter — ungünstiger als im Vorjahr. Im März begann sich wohl der Arbeitsmarkt saisonmäßig wieder etwas zu entspannen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war aber mit 24.800 bedeutend geringer als im gleichen Vorjahresabschnitt (— 39.400).

Die Winterarbeitslosigkeit in einigen Berufen im Winter 1950/51 und 1951/52

Zunahme (+), Abnahme (—) in 1.000 Arbeitslosen

	Winter 1950/51		Winter 1951/52	
	31. X.— 31. I.	31. I.— 28. II.	31. X.— 31. I.	31. I.— 29. II.
Landarbeiter	+ 9,8	— 0,4	+ 7,1	+ 3,4
Bergleute	+ 0,4	— 0,0	+ 0,4	+ 0,0
Bauarbeiter	+ 41,6	— 5,8	+ 42,2	+ 2,8
Holzarbeiter	+ 5,0	— 0,6	+ 5,6	+ 1,1
Lederarbeiter	+ 0,7	— 0,2	+ 0,7	+ 0,2
Textilarbeiter	+ 1,2	— 0,2	+ 2,8	+ 0,7
Bekleidungsarbeiter	+ 5,0	— 1,5	+ 9,1	+ 1,6
Nahrungsmittelarbeiter	+ 2,5	— 0,1	+ 3,1	+ 0,4
Gastgewerbliche Arbeiter	+ 1,2	— 0,4	+ 1,3	— 0,1

Verkehr

Dazu statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Der Güterverkehr der Bundesbahnen ging im Monat Februar stärker als saisonüblich zurück. Die geleisteten Netto-Tonnen-Kilometer sanken von 590,1 Mill. auf 514,2 Mill., die monatliche Wagenstellung von 150.207 (Voll- und Schmalspur) auf 139.622. Immerhin wurde das Februarergebnis 1951 um 5% und 3,7% überschritten. Das Nachlassen des Wagenbedarfs erklärt sich, soweit es das saisonübliche Ausmaß überschreitet, hauptsächlich aus den ungünstigen Witterungsverhältnissen (Schneeverwehungen). Die Schneefälle führten zu einem Güterstau in den Direktionen Villach und Linz, verschärft durch die Übernahmeperrre der jugoslawischen Bahnen. Eine Annahmeperrre für Transporte über Villach, wodurch der Export über dieses Grenzgebiet betroffen wurde, erwies sich als notwendig.

Der Wagenbedarf konnte zu 94,2% gedeckt werden, besonderer Mangel ergab sich an offenen Wagen (O-Wagen), von denen vor allem Flachwagen nur ungenügend bereitgestellt werden konnten (79% Deckung). Die Wagenturnlaufzeit stieg infolge der schlechten Witterungsverhältnisse auf 5,3 Tage.

Der Rückgang in der Güterverladung gegenüber Jänner betraf vor allem Zement (894 weniger Wagenstellungen), Baustoffe (-2.138), Kohle, Koks (-2.093), Holz (-1.018), Futtermittel (-424), Kunstdünger (-569), Magnesit (-287).

Die Verhandlungen über die Gütertariferhöhung der Bundesbahnen sowie über den Wettbewerb zwischen Schiene und Straße wurden im Monat März beendet. Mit Wirkung vom 1. Mai 1952 treten neben der Gütertariferhöhung das Güterbeförderungsgesetz, das Kraftfahrlineiengesetz 1952, das Gelegenheitsverkehrs-gesetz und die Beförderungsteuernovelle 1952 in Kraft. Die Wettbewerbsregelung stützt sich vor allem auf eine fiskalische Belastung des Straßenverkehrs und enthält nur wenige Ansatzpunkte für eine Koordination und bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Verkehrsmittel.

Die Erhöhung der Gütertarife der ÖBB

Die Gütertarife der österreichischen Bundesbahnen werden mit Wirkung vom 1. Mai 1952 um durchschnittlich 54% (ohne Ausnahmetarife) erhöht. Der Tarifindex (Basis 1937 = 100) steigt damit von 287 auf 443, liegt aber noch immer um 46% unter dem derzeitigen Index der Großhandelspreise und um 32% unter den Nettoverdiensten. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß im Jahre 1937 die Zahl der Ausnahmetarife sowie das Ausmaß der Ermäßigungen beträchtlich größer waren, so daß die für die Verfrächter tatsächlich maßgebende Tarifsteigerung seit 1937 um etwa 20 bis 25% größer ist, als der Tarifindex anzeigt¹⁾.

Die entscheidenden Tarifmaßnahmen der ÖBB seit 1945²⁾ wurden vor allem durch die fünf Preis-Lohn-Abkommen³⁾ und durch die Straßenkonkurrenz erzwungen, während rein bahnwirtschaftliche Gesichtspunkte in nur geringem Ausmaß mitbestimmend waren. Tarifierhöhungen entsprechend den Kostenverteuerungen hielt man für untragbar, weil

¹⁾ Geschätzt auf Grund der Entwicklung der Einnahmen und der Tonnenkilometerleistung seit 1937.

²⁾ 1. Juni 1947: Umstellung des Reichsbahntarifsystem; 1. September 1947: Lineare Erhöhung der Tarife um 40%; 1. Juni 1949: Differenzierte Tarifierhöhung um durchschnittlich 76%.

³⁾ August 1947; September 1948; Mai 1949; September 1950; Juli 1951.

sonst das Lohn-Preisgefüge allzu beeinträchtigt würde; die Anpassung der Bahntarife wurde daher in den bisherigen Preis-Lohn-Abkommen überhaupt nicht oder völlig ungenügend berücksichtigt. Die Straßenkonkurrenz verhinderte einerseits ebenfalls ein entsprechendes „Nachziehen“ der Tarife und zwang andererseits zu tarifpolitischen Maßnahmen, die das Werttarifsystem, auf dem zum Teil die Kosten- und Standortbedingungen der österreichischen Wirtschaft beruhen, ernstlich gefährdeten⁴⁾. In der Gütertarifreform vom Juni 1949 kam dies klar zum Ausdruck; die Sätze der frachtempfindlichen Massengüter wurden um 100% und mehr erhöht, während die Tarife der oberen Klassen nur um 25% bis 64% hinaufgesetzt werden konnten. Die Tarifänderungen vom Juli 1951 verschärften noch diese Tendenz⁵⁾.

Die wichtigsten Tarifänderungen

Sowohl die Bundesbahnen als auch die verfrachtende Wirtschaft erachteten eine Neuordnung der verkehrswirtschaftlichen Verhältnisse, die insbesondere eine Rückkehr zum Werttarifsystem in früheren Ausmaßen gestatten sollte, als dringend erforderlich; ebenso wurde von den Bahnkunden die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung anerkannt. Dies konnte nur durch eine gesetzliche Regelung der offenen Verkehrsprobleme im Sinne einer besseren Zusammenarbeit der Verkehrsmittel auf Schiene und Straße durchgeführt werden. Die am 1. Mai 1952 in Kraft tretenden neuen Verkehrsgesetze⁶⁾ sind die Voraussetzung der neuen Tarifänderungen. Insbesondere durch die Beförderungsteuernovelle⁷⁾ konnte das Werttarifsystem wieder stärker berücksichtigt werden. Während im Jahre 1949 und nachher die Wertstaffel und die Entfernungsstaffel stark nivelliert wurden, konnten jetzt beide wieder differenziert werden. Die Erhöhung der Frachtsätze ist daher in den einzelnen Tarifklassen sehr unterschiedlich und reicht von 50% in Klasse G bis 144% in Klasse A, während im Jahre 1949 die Steigerung umgekehrt war, nämlich 121% (G) und 25% (A). Die Klassenspannen haben sich daher erhöht; so ist die Ermäßigung der Klasse G gegenüber A von 46% auf 67% gestiegen, ohne allerdings das Ausmaß ganz zu erreichen, das vor Juni 1949 bestanden hat.

⁴⁾ Siehe „Die wirtschaftliche Bedeutung der Gütertarifreform der österreichischen Bundesbahnen“ in Nr. 8 der Monatsberichte, Jg. 1949, S. 316.

⁵⁾ Siehe „Tarifmaßnahmen der österreichischen Bundesbahnen“ in Nr. 6 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 304.

⁶⁾ Güterbeförderungsgesetz, Kraftfahrlineiengesetz 1952, Gelegenheitsverkehrs-gesetz, Beförderungsteuernovelle 1952.

⁷⁾ Gemäß der Beförderungsteuernovelle wird der Fernverkehr über 65 km mit 35 S pro Tonne Nutzlast (nicht Ladung) des Fahrzeuges für jede Fahrt mit Fracht in einer Verkehrsrichtung besteuert; bei Rückfracht ist also die Steuer nochmals zu entrichten. Kontrolle durch Fahrtausweise, die mit Stempelmarken zu versehen sind. Für die Steuer haftet der Fahrer des Kraftfahrzeuges. Die bisherige Beförderungsteuer, 60% des Beförderungsentgeltes, fällt im Fernverkehr weg.

Staffelung der Tarifsätze nach Wagenladungsklassen
Horizontale Staffel

Klassen	Vor dem		Ab		Steigerungen		1937= 100
	1. VI. 1949	Nach dem 1. VI. 1949	1. V. 1952	I. VI. 1949	I. V. 1952	I. V. 1952	
A	100	100	100	25	144	319	
B	83	89	86	35	134	380	
C	68	81	74	48	123	448	
D	57	74	65	64	113	505	
E	46	67	53	78	93	493	
F	37	61	42	102	70	498	
G	30	54	33	121	50	461	
H	25	—	—	—	—	—	

In der *Entfernungsstaffel* treten an Stelle von drei Kilometerzonen nunmehr fünf, und zwar wird die Zone 500 bis 1.000 km dreimal unterteilt. Die Entfernungsabschläge erhöhen sich von 60% auf 80% und 90%. Auch hier ist man nicht zu der erheblich differenzierten Staffelung von 1949 (besondere Staffel für Stückgut und Klasse F und G)²⁾ zurückgekehrt, sondern blieb bei der bisherigen, für alle Wagenladungsklassen und Stückgut einheitlichen Entfernungsstaffel. Ebenso behielt man in der *Mengenstaffel* (Tarifstaffelung nach der Menge der beförderten Güter) die einheitlichen Zuschläge (auf die Sätze der 15-t-Ladung) von 35% für Ladungen von 5 t und 15% für 10 t bei, während vor 1949 die Zuschläge in den einzelnen Klassen verschieden waren.

Staffelung der Tarifsätze nach Wagenladungsklassen
Vertikale Staffel

Ab 1. V. 1952		Derzeit	
Entfernung km	Kürzung %	Entfernung km	Kürzung %
1— 300	—	1— 300	—
301— 500	49	301— 550	49
501— 600	60	551—1.000	61
601— 700	80		
701—1.000	90		

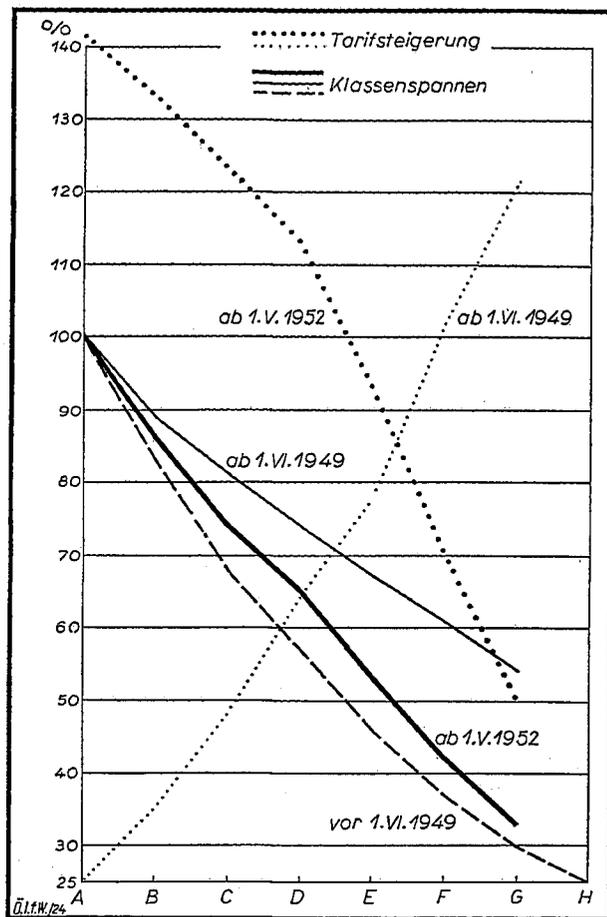
Die bisherige *Gütereinteilung* wird im wesentlichen beibehalten. Lediglich einige Auftarifierungen vom Juli 1951 werden rückgängig gemacht; so vor allem für Kohle, die von Klasse C auf E herabgesetzt wird, und Magnesit (roh) von E auf F. Andererseits wird Papier der Post 503 und 506 von B in A versetzt.

Die *Ausnahmetarife* werden mit Rücksicht auf die Preissituation im Ausmaß von 100 Mill. S (Jahresbasis 150 Mill. S) erweitert; sie sind allerdings nur als Übergangsmaßnahme gedacht und bis 31. Dezember 1952 befristet. Für die wichtigsten, die Lebenshaltungskosten beeinflussenden Güter ist dadurch die Erhöhung der Frachtsätze erheblich geringer als in den allgemeinen Tarifklassen, teilweise wird überhaupt jede Steigerung vermieden. So bleiben die Sätze für Milch, Getreide und Mahlprodukte unverändert, Düngemittel und Kartoffel werden nach Klasse G statt F befördert, die Tarife für Auslandskohle werden nur um 32%, die für Inlandskohle um ca. 25% erhöht. Ohne Zweifel werden die Ausnahmetarife eine unmittelbare Auswirkung der Tarifierhöhung auf die Preise lebenswichtiger Waren verhindern und eine allmähliche Anpassung gestatten.

Der bisherige *Transittarif*, der über dem Lokaltarif lag, wird aufgelassen; in Zukunft gelten auch in der Durchfuhr die Sätze des Lokaltarifes.

¹⁾ Siehe Nr. 8 der Monatsberichte, Jg. 1949, S. 318.

Tarifsteigerungen und Klassenspannen im Jahre 1949
und ab 1. Mai 1952



Die ab 1. Mai 1952 wirksamen Tarifmaßnahmen berücksichtigen wieder stärker das Werttarifsystem. Die nivellierende Wirkung der Gütertarifreform vom 1. Juni 1949 wird dadurch weitestgehend rückgängig gemacht.

Die Auswirkungen der Tarifreform

Die aus der Tarifreform erwarteten Mehreinnahmen werden unter der Annahme eines gleich hohen Frachtaufkommens auf 900 Mill. S jährlich geschätzt. Für den Rest des laufenden Geschäftsjahres und unter Berücksichtigung der zusätzlichen Ausnahmetarife werden 500 Mill. S erwartet. Die im Budgetvoranschlag ursprünglich vorgesehene Einnahmensteigerung aus dem Güterverkehr um 1.164 Mill. S würde somit nur mit 43% gedeckt werden, so daß das Defizit der ÖBB im Jahre 1952 trotz allem 1'4 bis 1'6 Mrd. S erreichen dürfte, sofern die Ausgaben nicht entscheidend gekürzt werden.

Die tatsächliche Entwicklung der Einnahmen wird jedoch einerseits davon abhängen, inwieweit die Nachfrage nach Frachtraum unelastisch ist, und andererseits, wie die vorgesehene Belastung des Güter-

fernverkehrs auf der Straße das Frachtaufkommen bei der ÖBB eventuell begünstigt. Wenn auch die bisherigen Tarifierhöhungen das Frachtaufkommen kaum beeinflussten, so ist gegenwärtig die Gefahr eines Nachfragerückganges infolge der allgemeinen konjunkturellen Abschwächung sehr viel größer, da die Frachtempfindlichkeit in solchen Zeitabschnitten zunimmt. Die steuerliche Belastung des Fernverkehrs (einschließlich der Erhöhung der Treibstoffpreise) wird nur dann die ÖBB begünstigen, wenn die Kostensteigerung voll in die Straßentarife eingeht. Sollte sie jedoch teilweise aus den Gewinnen getragen werden, was wahrscheinlich ist, dann ist im Zusammenhang mit der ab 1. Mai gültigen „Freiheit im Straßenverkehr“¹⁾ sogar ein verschärfter Konkurrenzkampf möglich, der die ÖBB zu Kampftarifen zwingen würde. Da die Beförderungsteuer (35 S) auf die Nutzlast und nicht auf die Ladung berechnet wird, werden die Lastfuhrwerker noch stärker als bisher bemüht sein, mit voll ausgelasteten Fahrzeugen zu fahren, was in erster Linie einen erhöhten Wettbewerb mit der Schiene bedeutet. Empfindlicher dürfte der Werksverkehr durch die steuerliche Belastung betroffen werden. Aber auch hier kann die Steuer zu einer erhöhten Auslastung der Fahrzeuge führen und eventuell Güter vom Bahntransport abziehen.

Die Auswirkungen der Tarifierhöhungen im Schienen- und Straßenverkehr auf die Preise werden durch die Ausnahmetarife stark gemildert. Angesichts der gegenwärtigen Phase von Preissenkungen und Umsatzschrumpfungen werden außerdem viele Betriebe gar nicht in der Lage sein, die höheren Transportkosten weiterzuwälzen. Die Tarifierhöhungen erschweren jedoch zweifellos den unerläßlichen Kostenabbau und könnten damit nicht nur weitere Preissenkungen hemmen, sondern auch die augenblickliche konjunkturelle Stagnation verschärfen.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Die Schwäche in der Außenhandelsentwicklung hielt auch im Februar an. Wohl ging der *Einfuhrüberschuß* von 537 Mill. S im Jänner auf 461 Mill. S im Februar (von 274 Mill. S auf 175 Mill. S im kommerziellen Verkehr) zurück, doch war dies mehr auf einen Einfuhrrückgang als auf die Ausfuhrsteigerung zurückzuführen.

¹⁾ Die bisher erforderliche Sondergenehmigung für Fernverkehrstransporte fällt weg, so daß jeder mit einer Konzession ausgestattete Lastfuhrwerker und ebenso der Werksverkehr Ferntransporte durchführen kann.

Die *Gesamteinfuhr* sank um 51 Mill. S auf 1.342 Mill. S, die *kommerzielle Einfuhr* (einschließlich der Einfuhren im Rahmen der EZU) um 74 Mill. S auf 1.056 Mill. S. Dies war der erste wertmäßige Rückgang der kommerziellen Einfuhr seit September vorigen Jahres und drückt das Bemühen aus, das chronische Defizit gegenüber der EZU zu verringern. Es betrug im Februar nur mehr 1 Mill. \$ gegen 2·3 Mill. \$ im Jänner. Ebenfalls (um 30 Mill. S) rückgängig waren die Einfuhren aus Osteuropa, hingegen stiegen die aus dem Dollarraum (dem amerikanischen Kontinent) um 46 Mill. S, insbesondere infolge einer starken Zunahme der kommerziellen Einfuhr aus den Vereinigten Staaten auf 102 Mill. S (ohne ERP; vor allem Metall-, Kohlen- und Getreidelieferungen); die USA sind damit so wie im September 1951 hinter Westdeutschland und Großbritannien an die dritte Stelle der kommerziellen Lieferländer gerückt.

Entscheidend waren die starken Einschränkungen der kommerziellen Importe von Nahrungs- und Genußmitteln (– 46 Mill. S) und Rohstoffen (– 38 Mill. S). Die Einfuhr an Brennstoffen dagegen stieg um 18 Mill. S (allerdings gingen die ERP-Kohleneinfuhren zurück, so daß die Gesamteinfuhr von Brennstoffen niedriger war als im Jänner, aber höher als im Februar des Vorjahres). Die kommerzielle Einfuhr halbfertiger und fertiger Produkte änderte sich gegenüber dem Vormonat nur wenig. Im einzelnen gab es jedoch stärkere Verschiebungen, so insbesondere bei der Einfuhr von Verkehrsmitteln, die von ihrem hohen Stand im Jänner (35·6 Mill. S) auf 23·4 Mill. S zurückging.

Im Gegensatz zur kommerziellen Einfuhr stiegen die *ERP-Importe* im Februar (um 23 Mill. S) und blieben mit 286 Mill. S wertmäßig nur wenig hinter den hohen ERP-Lieferungen vom vorigen Sommer zurück. Der größte Teil (84%) der ERP-Lieferungen waren Getreide (vor allem Mais, Weizen) und – im Vergleich zum Vormonat allerdings etwas verringert – Kohlensendungen.

Die *Ausfuhr* stieg im Februar um 25 Mill. S auf 881 Mill. S. Diese geringfügige Zunahme bleibt hinter dem saisonüblichen Ausmaß zurück, so daß sich der saisonbereinigte Ausfuhrindex um 7% senkte. Auch der Volumenindex der Ausfuhr zeigt die andauernde Schwäche der Exportsituation. Das Ausfuhrvolumen betrug im Jänner 100 und im Februar 103 (1937 = 100), im Jänner und Februar 1951 aber 107 und 109.

Eine Analyse der Warenausfuhr zeigt, daß von den Absatzschwierigkeiten die meisten Warengruppen, insbesondere aber die Fertigwaren betref-

Ausfuhr wichtiger Warengruppen
(M = Menge in q; W = Wert in 1.000 S)

	Ø 1951		Jänner				Februar			
	M	W	1951		1952		1951		1952	
			M	W	M	W	M	W	M	W
Holz.....	1.202.697	135.876	1.230.199	95.622	968.007	130.129	1.315.835	106.090	1.158.385	159.060
Papierzeug, -abfälle	88.124	51.992	95.575	34.758	78.481	60.631	98.613	36.155	64.655	50.891
Spinnstoffe und -abfälle.....	18.978	33.065	17.157	20.872	10.034	17.857	19.753	27.221	14.394	26.928
Künstliche Düngemittel.....	229.768	22.634	425.565	41.940	645.744	61.708	246.499	19.278	552.792	56.986
Leder, -waren und bearb. Pelze ...	119	1.663	370	2.797	23	528	214	3.325	124	581
Kautschukwaren	1.540	3.741	2.069	4.168	1.033	2.818	1.295	3.339	808	2.387
Papier, Pappe und -waren	132.669	82.117	144.130	61.563	117.984	82.862	155.176	75.302	120.035	81.525
Garne, Gewebe, Textilfertigwaren .	10.029	55.063	11.943	52.852	6.976	38.792	13.114	62.568	7.395	44.671
Unedle Metalle.....	458.542	116.048	359.276	84.126	674.099	176.724	337.365	80.086	453.106	146.190
Maschinen und Verkehrsmittel	38.574	98.951	33.243	73.884	32.654	89.400	35.095	79.199	31.608	92.108
Fertighäuser, sanit. Anlagen usw. ...	21.599	7.930	3.218	1.481	14.020	6.894	6.267	2.211	51.961	19.098
Möbel	172	158	563	168	30	45	512	244	85	99
Koffer und Taschnerwaren	14	108	19	50	0	15	4	70	0	13
Kleidung.....	331	14.806	283	11.947	191	10.696	383	17.218	260	14.057
Schuhwaren.....	75	559	90	277	6	56	60	337	79	616
Feinmech. u. opt. Erzeugn., Uhren .	151	4.848	105	3.255	147	5.228	166	4.671	171	6.291

fen sind. Von 16 der wichtigsten Gruppen halbfertiger und fertiger Waren, die in den ersten beiden Monaten dieses Jahres etwa 80% des gesamten Ausfuhrwertes umfaßten, zeigten 12 im Jänner und 11 im Februar einen mengenmäßigen Rückgang gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Trotz den Preissteigerungen war bei 8 Gruppen (in Februar 7) der Rückgang so stark, daß selbst wertmäßig das Resultat des Vorjahres nicht erreicht werden konnte. Ausgenommen von diesem allgemeinen Rückgang sind vor allem Stickstoffdünger und Fertighäuser, von denen größere Lieferungen möglich waren (Fertighäuser nach Australien auf Grund alter Aufträge), und Exporte von Eisen und Stahl, die zum Teil noch immer günstige Absatzbedingungen vorfinden. Sehr bedeutend hingegen ist der Rückgang bei allen Textilgruppen (Spinnstoffe, Garne, Gewebe, Kleidung), wenn sie sich auch im Februar von ihrem katastrophalen Tiefstand im Jänner etwas erholen konnten. Aber auch der Export von Holz, Papierzeug und Papier, die bis vor kurzem Hochkonjunktur hatten, war merklich geringer als in den Vormonaten und im entsprechenden Vorjahresabschnitt.

Die wachsenden Schwierigkeiten, mit denen die Exporteure von Fertigwaren zu kämpfen haben, führen dazu, daß sich die in der Nachkriegszeit beobachtete Zunahme des Anteils der Rohstoffe und Halbwaren an der Gesamtausfuhr (seit 1949 schien sie abzuebben), neuerlich, allerdings jetzt bei sinkenden Exporten von Fertigwaren, verstärkt. Dieser Anteil hat im Jänner und Februar mit 47 und 45% (38 und 37% im Jänner und Februar des Vorjahres) ein bedenklich hohes Ausmaß erreicht.

Anteil der Rohstoffe und halbfertigen Waren an der Ausfuhr

	%
1947	24
1948	32
1949	39
1950	39
1951	40
1952 Jänner.....	47
Februar.....	45

Die in den letzten Monaten feststellbare Steigerung der Ausfuhr nach Westdeutschland setzte sich im Februar fort. Mit 174 Mill. S erreichte sie nahezu wieder den Rekordstand vom November 1950 (178 Mill. S), als Deutschland seine Einfuhr noch nicht gedrosselt hatte. (Österreichs Einfuhr aus Westdeutschland übertraf im Februar mit 245 Mill. S alle früheren Monatswerte.) Die im März abgeschlossenen Wirtschaftsverhandlungen mit Westdeutschland sehen für die Vertragsperiode (1. Jänner 1952 bis 28. Februar 1953) zum Ausgleich der verminderten ERP-Hilfe höhere österreichische Exporte als im Jahre 1951 vor, die in den kommenden Monaten das Volumen des österreichischen Exports nach Westdeutschland zumindest auf der nun erreichten Höhe halten sollten¹⁾. Voraussetzung hierfür ist, daß es österreichischerseits gelingt, eine genügende Anzahl von konkurrenzfähigen Angeboten zu machen, und auf deutscher Seite nicht neuerliche Rückschläge in der Zahlungsbilanzsituation zur Einschränkung des Handelsverkehrs führen.

¹⁾ Der Wert des im Vertrag vorgesehenen Warenaustausches wurde auf 220 Mill. \$ pro Jahr in beiden Richtungen geschätzt. Das entspricht einem Außenhandelsumsatz von zirka 390 Mill. S im Monat. Im Februar betrug er 419 Mill. S, wobei aber die österreichische Ausfuhr einen etwas zu geringen Beitrag zu diesem Umsatz leistete.